

Stand: 25.05.2026 05:55:48

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/1423

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2024/2025; hier: Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung (Kap. 02 03 Tit. 531 21)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/1423 vom 04.04.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2053 des HA vom 18.04.2024
3. Beschluss des Plenums 19/2286 vom 04.06.2024
4. Plenarprotokoll Nr. 19 vom 04.06.2024 (EPL 2)



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold, Christoph Maier** und
Fraktion (AfD)

Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 02 03 wird der Ansatz im Tit. 531 21 (Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung) für das Jahr 2024 von 1.826,8 Tsd. Euro um 1.226,8 Tsd. Euro auf 600,0 Tsd. Euro gekürzt.

In Kap. 02 03 wird der Ansatz im Tit. 531 21 (Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung) für das Jahr 2025 von 1.826,8 Tsd. Euro um 1.226,8 Tsd. Euro auf 600,0 Tsd. Euro gekürzt.

Die eingesparten Ansätze werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Der stark erhöhte Ansatz für Öffentlichkeitsarbeit für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 gegenüber den Ist-Kosten des Haushaltsjahres 2022 ist weder begründet noch nachvollziehbar.

Im letzten Jahr sind die massiven Kostensteigerungen für Fototermine mit Dr. Markus Söder als „teure PR-Show“ und „Selbstinszenierung“ des Ministerpräsidenten stark kritisiert worden. Auch die Kosten für Werbeartikel und fragwürdige Digitalwerbung standen in der Kritik. Es steht zu vermuten, dass hier wie bei weiteren Ausgabenpositionen mehr die persönliche Imagepflege von Dr. Markus Söder im Mittelpunkt steht als die Information über Regierungshandeln. Dafür sollte aber der Steuerzahler im Freistaat nicht in die finanzielle Verantwortung genommen werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Haushaltsplan 2024/2025; Einzelplan 02 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

Berichterstatter: **Harald Kühn**

Mitberichterstatter: **Martin Böhm**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Bei Kap. 02 03 werden die Ansätze in 2024
 - a) bei Tit. 686 03

von	50,0 Tsd. €
um	450,0 Tsd. €
auf	500,0 Tsd. €
 - b) bei Tit. 685 53

von	12.000,0 Tsd. €
um	30,0 Tsd. €
auf	12.030,0 Tsd. €

sowie
 - c) bei Tit. 687 53

von	2.876,5 Tsd. €
um	35,0 Tsd. €
auf	2.911,5 Tsd. €

erhöht.
2. Bei Kap. 02 05 werden die Ansätze in 2024
 - a) bei Tit. 683 01

von	13.500,0 Tsd. €
um	2.000,0 Tsd. €
auf	15.500,0 Tsd. €

sowie
 - b) bei Tit. 893 01

von	65,0 Tsd. €
um	50,0 Tsd. €
auf	115,0 Tsd. €

erhöht.

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen.

Mit den Änderungen in den vorstehenden Nummern sind folgende Anträge erledigt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Schulbau in Burkina Faso
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 19/1418
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuschuss an Gebirgsschützen
(Kap. 02 03 Tit. 686 03)
Drs. 19/1419
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Internationale Jugendbegegnung
(Kap. 02 03 Tit. 687 53)
Drs. 19/1420
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. CSU
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Förderung hochwertiger lokaler und regionaler Fernsehangebote in Bayern
(Kap. 02 05 Tit. 683 01)
Drs. 19/1421
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Martin Wagle u.a. CSU
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Technische Investitionen der Akademie für Neue Medien
(Kap. 02 05 Tit. 893 01)
Drs. 19/1422

Folgende Anträge werden zur Ablehnung empfohlen:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Stellenplan Staatskanzlei
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 19/1410
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Repräsentative Verpflichtungen der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 535 01)
Drs. 19/1411
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
(Kap. 02 03 Tit. 536 03)
Drs. 19/1412
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)
Drs. 19/1413
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Internationale Verständigung und eine europäische Identität - Interrail-Tickets für junge Menschen
(Kap. 02 03 TG 53 neuer Tit.)
Drs. 19/1414
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Kürzung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 19/1415
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Information statt politischer Werbung in der Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 531 22)
Drs. 19/1416
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Ausufernde Repräsentationsausgaben begrenzen
(Kap. 02 03 Tit. 535 01)
Drs. 19/1417

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 19/1423
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Öffentlichkeitsarbeit - Gemeinsame Servicestelle
(Kap. 02 03 Tit. 531 60)
Drs. 19/1424
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung I - Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
(Kap. 02 03 Tit. 536 03)
Drs. 19/1425
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung II - Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)
Drs. 19/1426
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung III - Kosten des Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe
(Kap. 02 03 Tit. 536 05)
Drs. 19/1427
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Ausgaben des Büros des Freistaates Bayern in Kiew
(Kap. 02 03 Tit. 541 53)
Drs. 19/1428
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Ausgaben des Bayerischen Afrikabüros in Addis Abeba
(Kap. 02 03 Tit. 542 53)
Drs. 19/1429

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Förderung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, insbesondere der Eine-Welt-Arbeit
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)
Drs. 19/1430
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 19/1431
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz
(Kap. 02 03 Tit. 698 01)
Drs. 19/1432
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Stiftung "Wertebündnis Bayern"
(Kap. 02 03 Tit. 698 54)
Drs. 19/1433
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Investitionsmaßnahmen für ausländische Staaten und Regionen
(Kap. 02 03 Tit. 896 53)
Drs. 19/1434
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Filmförderung I - Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Drehbüchern, der Filmproduktion und des Verleihs/Vertriebs von Kinofilmen
(Kap. 02 04 Tit. 861 01)
Drs. 19/1435
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Filmförderung II - Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Fernsehproduktionen
(Kap. 02 04 Tit. 861 02)
Drs. 19/1436

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Filmförderung III - Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von internationalen und digitalen Filmproduktionen
(Kap. 02 04 Tit. 861 03)
Drs. 19/1437
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Förderung hochwertiger lokaler und regionaler Fernsehangebote in Bayern
(Kap. 02 05 Tit. 683 01)
Drs. 19/1438
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Förderung von Vorgründern, Start-ups und Gründern im Medienbereich
(Kap. 02 05 Tit. 686 09)
Drs. 19/1439
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte zum Erhalt örtlicher Pressezustellstrukturen
(Kap. 02 05 Tit. 686 11)
Drs. 19/1440

II. Bericht:

1. Der Einzelplan wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Einzelplan nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Einzelplan in seiner 20. Sitzung am 18. April 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Die nachstehend genannten Änderungsanträge zum Epl. 02 werden abgelehnt:

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Stellenplan Staatskanzlei
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 19/1410, 19/2053
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Repräsentative Verpflichtungen der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 535 01)
Drs. 19/1411, 19/2053
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
(Kap. 02 03 Tit. 536 03)
Drs. 19/1412, 19/2053
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)
Drs. 19/1413, 19/2053
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Internationale Verständigung und eine europäische Identität –
Interrail-Tickets für junge Menschen
(Kap. 02 03 TG 53 neuer Tit.)
Drs. 19/1414, 19/2053
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Kürzung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 19/1415, 19/2053

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Information statt politischer Werbung in der Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 531 22)
Drs. 19/1416, 19/2053
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u. a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Ausufernde Repräsentationsausgaben begrenzen
(Kap. 02 03 Tit. 535 01)
Drs. 19/1417, 19/2053
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 19/1423, 19/2053
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Öffentlichkeitsarbeit – Gemeinsame Servicestelle
(Kap. 02 03 Tit. 531 60)
Drs. 19/1424, 19/2053
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung I –
Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
(Kap. 02 03 Tit. 536 03)
Drs. 19/1425, 19/2053
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung II –
Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)
Drs. 19/1426, 19/2053
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung III –
Kosten des Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus,
für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe
(Kap. 02 03 Tit. 536 05)
Drs. 19/1427, 19/2053
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Ausgaben des Büros des Freistaates Bayern in Kiew
(Kap. 02 03 Tit. 541 53)
Drs. 19/1428, 19/2053

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Ausgaben des Bayerischen Afrikabüros in Addis Abeba
(Kap. 02 03 Tit. 542 53)
Drs. 19/1429, 19/2053
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Förderung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit, insbesondere der Eine-Welt-Arbeit
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)
Drs. 19/1430, 19/2053
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern mit ausländischen Staaten und Regionen
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 19/1431, 19/2053
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz
(Kap. 02 03 Tit. 698 01)
Drs. 19/1432, 19/2053
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Stiftung „Wertebündnis Bayern“
(Kap. 02 03 Tit. 698 54)
Drs. 19/1433, 19/2053
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Investitionsmaßnahmen für ausländische Staaten und Regionen
(Kap. 02 03 Tit. 896 53)
Drs. 19/1434, 19/2053
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Filmförderung I – Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Drehbüchern, der Filmproduktion und des Verleihs/Vertriebs von Kinofilmen
(Kap. 02 04 Tit. 861 01)
Drs. 19/1435, 19/2053
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Filmförderung II – Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Fernsehproduktionen
(Kap. 02 04 Tit. 861 02)
Drs. 19/1436, 19/2053

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes,
Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Filmförderung III – Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von
internationalen und digitalen Filmproduktionen
(Kap. 02 04 Tit. 861 03)
Drs. 19/1437, 19/2053
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes,
Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Förderung hochwertiger lokaler und regionaler Fernsehangebote in Bayern
(Kap. 02 05 Tit. 683 01)
Drs. 19/1438, 19/2053
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes,
Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Förderung
von Vorgründern, Start-ups und Gründern im Medienbereich
(Kap. 02 05 Tit. 686 09)
Drs. 19/1439, 19/2053
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes,
Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte zum Erhalt örtlicher
Pressezustellstrukturen
(Kap. 02 05 Tit. 686 11)
Drs. 19/1440, 19/2053

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner
Abg. Klaus Holetschek
Abg. Florian von Brunn
Abg. Roland Magerl
Abg. Katrin Ebner-Steiner
Abg. Felix Freiherr von Zobel
Abg. Franc Dierl
Abg. Toni Schuberl
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Florian Köhler
Abg. Katharina Schulze
Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn
Abg. Tanja Schorer-Dremel
Abg. Tobias Beck
Abg. Michael Hofmann
Abg. Christian Hierneis
Abg. Martin Böhm
Abg. Josef Zellmeier
Staatsminister Dr. Florian Herrmann
Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Haushaltsplan 2024/2025

Einzelplan 02

für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn.19/1410 mit 19/1414)

Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn.19/1415 mit 19/1417)

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn.19/1418 mit 19/1420)

Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn.19/1421 und 19/1422)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn.19/1423 mit 19/1440)

Es ist eine Gesamtredezeit von 111 Minuten vereinbart. – Ich eröffne die Aussprache. Als Erster hat Kollege Klaus Holetschek für die CSU-Fraktion das Wort.

Klaus Holetschek (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie, dass ich diese Rede mit dem Dank an diejenigen beginne, die auch in diesen Stunden für uns draußen im Einsatz sind, die helfen, dass wir diese große Katastrophe gemeinsam bewältigen können. Denen gebührt heute unser aller Solidarität. Sie sind die Helden unserer Zeit. Sie opfern sich für andere auf. Ich ziehe meinen Hut vor all denjenigen, die das für andere Menschen tun: Großen Respekt und großen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Die Präsidentin hat es angesprochen; ich war viel unterwegs, wie einige von Ihnen auch: Es ist auch ein gutes Gefühl, wenn man sieht, dass es trotz aller Differenzen in unserer Gesellschaft gelingt, zusammenzuhalten, zusammenzustehen, sich gegenseitig zu helfen, nicht erst zu fragen, sondern anzupacken und zuzupacken, wenn es dar-

auf ankommt. Auch das ist ein wichtiges Signal in diesen Zeiten: Die Gemeinschaft in Bayern funktioniert, wenn es darauf ankommt. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Heute reden wir über den Haushalt, weil es natürlich richtig ist, dass wir uns überlegen, wo welche Mittel notwendig sind und wie wir die Zukunft im Freistaat Bayern gestalten. Ich will ausdrücklich sagen, dass dieser Haushalt ein starkes Signal und Zeichen der Verantwortung, der Solidität und auch der Verantwortung für die Zukunft der nächsten Generationen ist. Das ist die Botschaft, die von diesem Haushalt ausgeht: Aufgaben übernehmen, Verantwortung übernehmen, aber auch in die Zukunft schauen und auf die nächsten Generationen achten.

(Beifall bei der CSU)

Wir tun dies in einer großen Verantwortung, auch im Lichte dessen, was wir jetzt in diesen Tagen im Bereich des Hochwassers erlebt haben. Denn entgegen manchen Meldungen haben wir beim Hochwasserschutz natürlich nicht Mittel gekürzt, sondern wir haben seit 2001 ungefähr 4 Milliarden Euro für den Hochwasserschutz eingesetzt, und es stehen weitere 2 Milliarden in der Perspektive zur Verfügung. Wir werden auch da unserer Verantwortung gerecht und werden das in Zukunft und auch in diesem Haushalt wieder deutlich machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir tun das übrigens auch, wenn es darum geht, die Menschen auszurüsten und denen zu helfen, die draußen ihren Dienst tun. Ich will das schon mal deutlich sagen. Ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist, aber draußen bei den Feuerwehren oder auch beim THW und bei anderen habe ich schon wahrgenommen, dass viele sagen: Danke, dass ihr uns unterstützt, dass ihr in die Feuerweherschulen investiert, dass ihr in das Zentrum für besondere Einsatzlagen investiert, dass wir bei der Wasserwacht – lieber Tom Huber, auch an dich ein großes Dankeschön –, bei der Bergwacht und bei

anderen investieren und nicht lockerlassen, im Gegensatz zu anderen. Wir werden das auch in der Zukunft tun. Die, die draußen ihren Dienst tun, brauchen gute Ausbildung und gutes Gerät, meine Damen und Herren. Auch das gehört zur Verantwortung hier im Freistaat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir mit Sonderinvestitionsprogrammen arbeiten, die wir im Freistaat aufgelegt haben – 88 Millionen Euro –, oder mit Mitteln aus der Fraktionsinitiative 2022 für Satellitentelefone, falls die Mobiltelefone ausfallen – das ist jetzt erst wieder passiert –, dann sagen wir dort, dass wir niemanden im Stich lassen. Wir kürzen auch keine Mittel beim Katastrophenschutz, wie es in Berlin der Fall ist, oder beim THW. Es darf in diesen Zeiten nicht sein, dass man mit einer Stimme etwas fordert und mit der anderen genau das Gegenteil tut.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Diese Doppelmoral dürfen wir nicht durchgehen lassen; denn da zeigt sich wirklich, dass mancher etwas sagt, aber anders handelt. Deswegen müssen wir dort auch den Finger in die Wunde legen, ob es dem einen oder anderen angenehm ist oder nicht. Wir müssen beim Katastrophenschutz mehr tun. Wir müssen auch beim THW die Ausrüstung verbessern. Es fehlen immer noch über 200 Fahrzeuge in Bayern, die der Bund in seiner Offensive eigentlich zugesagt hat. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren. Da passt was nicht, und da stimmt was nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin dem Ministerpräsidenten und der Staatsregierung sehr dankbar. Er ist übrigens auch heute wieder unterwegs, mit Joachim Herrmann in Regensburg. Er war die ganze Zeit präsent, und ich glaube, das haben die Menschen auch anerkannt. Ich freue mich auch, dass andere Politiker unterwegs waren.

(Zuruf von den GRÜNEN: Hört, hört!)

Ich glaube, in diesen Tagen ist es wichtig, dass man wahrnimmt, dass man in den demokratischen Parteien zusammensteht und den Menschen zeigt: Wir sind für euch da.

Aber ich freue mich auch, dass die Staatsregierung heute im Kabinett ein Soforthilfeprogramm beschlossen hat. Das ist ein wichtiges und zentrales Signal. Wir lassen niemanden im Stich, wir helfen sofort und unbürokratisch.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Soforthilfen, die schnell greifen werden, auch für die Wirtschaft, auch für die Landwirtschaft, in den verschiedensten Bereichen, angelehnt an das, was wir damals in Berchtesgaden gemacht haben: Das erwarten die Menschen von uns. Natürlich müssen wir über Klimaanpassung reden, über Klimawandel. Aber wir brauchen jetzt keine Klimarhetorik, meine Damen und Herren. Wir müssen handeln für die Menschen draußen im Land, die das von uns erwarten. Das tun wir auch an dieser Stelle.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden in der Zukunft einen Haushalt aufstellen können, vernünftig, ohne Neuverschuldung, mit Albert Füracker an der Spitze, dem ich an dieser Stelle noch mal ausdrücklich danken möchte: Albert, du bist eindeutig der Beste, den wir in dieser ganzen Republik haben. Danke dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber wir werden das nur tun können, meine Damen und Herren, wenn wir auch andere Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft bekommen, die letztlich über Steuereinnahmen für das Geld sorgt, das wir ausgeben. Denn es gibt einen Dreiklang, den man relativ simpel formulieren kann: Wirtschaft, die funktioniert, sorgt für Wohlstand und für einen funktionierenden Sozialstaat. Wenn sie nicht funktioniert, dann ist auch der Rest Makulatur. Deswegen muss die Ampel tatsächlich die Dinge ändern. Wir müssen wieder Politik für den Mittelstand machen, für die familiengeführten Unternehmen, für die Mitte der Gesellschaft, damit die auch Steuern zahlen und damit wir auch Einnahmen

generieren, die wir dann für Aufgaben ausgeben können. Das ist die zentrale Politik, die wir in diesem Land brauchen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wer heute draußen ist, überlegt natürlich: Wofür geben wir Geld aus, wofür werden die Mittel verwendet? – Ich sage es noch mal ganz dezidiert: Wenn wir heute falsche Anreize in diesem Staat setzen, wenn heute Transferleistungen wichtiger sind als die eigentliche Arbeit, wenn wir das Thema Bürgergeld in den Mittelpunkt des Handelns stellen und anstatt die Arbeit die Arbeitslosigkeit subventionieren, dann geht der Zug in die falsche Richtung und wird an die Wand fahren, und wir werden uns auch nichts mehr leisten können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie draußen mit den Mittelständlern, mit den familiengeführten Unternehmen reden, hört man: Die sehen das alle ganz genauso. Sie fragen auch, wo die Planbarkeit und die Verlässlichkeit in der Wirtschaftspolitik sind. Wissen wir noch, wie es morgen weitergeht – in der Energiepolitik, in der Steuerpolitik, in Fragen des Fachkräftemangels? Das sind die entscheidenden Fragen.

Ein Haushalt speist sich aus Steuermitteln, meine Damen und Herren. Für die Menschen, die jeden Tag hart arbeiten, wollen wir Politik machen, denen wollen wir Zukunft geben, und denen wollen wir auch einen Sozialstaat ermöglichen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sehen Sie sich mal die Indikatoren in unserem Land an! Dann sehen Sie doch, wie wir zurückfallen. Wachstum ist ja so gut wie nicht vorhanden. Warum ist das eigentlich nur bei uns so schlecht? Um uns herum in Europa haben wir manchmal ein dreimal so hohes Wachstum, wie wir es hier in der Bundesrepublik Deutschland haben. Woher kommt das? – Das kommt daher, dass wir die falschen Rahmenbedingungen setzen.

(Widerspruch des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Das müssen wir ändern, sonst werden wir weiter abrutschen und auch weiter die falschen Signale setzen. In Europa schaut man doch inzwischen schon auf den kranken Mann, auf die Bundesrepublik Deutschland. Das ist der Fehler. Wir müssen an das Thema ran, damit wir wieder eine gute Zukunft haben. Der Freistaat tut das übrigens. Der Freistaat investiert. Es heißt immer: Na ja, warum schimpft ihr denn immer Richtung Ampel, macht doch selber mal was.

(Zurufe von den GRÜNEN: Genau! – Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

– Wir tun ja etwas! Ich glaube, wir tun viel mehr. Sie können für die Ampel klatschen, aber ich glaube, das sollten Sie besser sein lassen und überlegen, wo der Grund des Übels ist: Der liegt bei Ihnen und nicht bei uns.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Holetschek, es gibt eine Zwischenfrage, die Sie zulassen können oder auch nicht.

(Klaus Holetschek (CSU): Na klar!)

Vom Kollegen von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Holetschek, ich glaube, wir sind der gleichen Meinung: Wir müssen die Konjunktur anregen. Deswegen frage ich Sie, nachdem die Inflationsrate über 2 % beträgt und die globale Minderausgabe im Haushalt 1 %, wie wir damit eigentlich einen Konjunkturimpuls setzen wollen; denn wenn ich das ausrechne, komme ich zu einer realen Steigerung von null oder weniger. Der Haushalt, den Sie vorgelegt haben, bremst eigentlich bergauf.

Klaus Holetschek (CSU): Der beste Konjunkturimpuls, lieber Herr Kollege von Brunn, sind Investitionen in die Zukunft, in Innovationen und in das Leben der Menschen. Das

tun wir zum Beispiel mit einer Hightech-Offensive mit 5,5 Milliarden Euro und mit 1.000 neuen Professuren. Den Transfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft sowie neue Arbeitsplätze und Start-ups zu fördern – das ist die Zukunft. Das sind Investitionen, und damit geht es voran.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Problem ist doch – ehrlicherweise –, dass die Murks Brothers in Berlin

(Heiterkeit bei der CSU)

im Moment jeden Tag etwas Neues aufstellen und die Wirtschaft keine Ahnung mehr hat, was denn überhaupt noch passiert.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig!)

Das ist doch die Wahrheit. Der Lindner sagt etwas anderes als der Habeck. Der Habeck sagt etwas anderes als der Scholz.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Am Ende der Fahnenstange weiß keiner mehr, was passiert, meine Damen und Herren. Das ist die Wahrheit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr gut!)

Der Freistaat Bayern zahlt 9,1 Milliarden Euro beim Länderfinanzausgleich.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Das zeigt – das möchte ich noch einmal in den Raum stellen –, was wir zu leisten imstande sind. Wir sind auch bereit zur Solidarität, meine Damen und Herren. Solidarität heißt aber nicht, dass andere mit dem Geld von uns ein 29-Euro-Ticket einführen oder

mit unseren Mitteln eine kostenlose Schulverpflegung stellen. Das wäre keine Solidarität.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich denke nur daran, was in unserem Doppelhaushalt für Migration enthalten ist: Das sind 6,8 Milliarden Euro in zwei Jahren, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der AfD)

Das sind genau die Themen, die wir angehen müssen. Genau an diesen Punkten müssen wir Lösungen präsentieren.

Die Einführung einer Bezahlkarte in Bayern war der richtige Weg. Gemeinnützige Arbeit ist der richtige Weg. Ich sage Ihnen auch, dass es mich wirklich wütend macht, dass dieser Polizist ermordet wurde. Menschen, die so etwas tun, müssen ohne Wenn und Aber morgen ins Flugzeug gesetzt und zurückgeschickt werden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Bravo! – Beifall des Staatsministers Dr. Florian Herrmann – Zurufe von der AfD)

Mit denjenigen, die das im Internet bejubeln, die daran noch irgendwas festmachen,

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

die sagen, das sei toll und macht so weiter, muss genau dasselbe passieren. Der Rechtsstaat muss endlich in aller Härte und in aller Konsequenz durchgreifen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD)

Die Mittel, die wir gebunden haben, sind 6,8 Milliarden Euro in zwei Jahren und 9,1 Milliarden Euro für den Länderfinanzausgleich. Alleine das sind Dinge, die in einem solchen Haushalt unglaublich belastend sind. Dennoch haben wir eine Investi-

tionsquote von 15 %. Das hat fast kein anderes Land an dieser Stelle. Wir haben auch Leistungen, die kein anderer hat. Denken Sie zum Beispiel an das bayerische Familiengeld mit über 700 Millionen Euro, an das Landespflegegeld mit 430 Millionen Euro oder an die Meisterausbildung, die wir kostenlos stellen.

Meine Damen und Herren, wirklich keiner kann sagen, dass der Freistaat nicht versuchen würde, im sozialen Bereich, aber auch im Hightechbereich die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Da tun wir sogar mehr als andere, weil wir es noch können. Wir können das aber nur so lange, bis die Rahmenbedingungen im Bund wieder einmal anders werden, damit die Dinge funktionieren; das ist unser Thema für die Zukunft.

Unser Haushalt ist solide, verantwortungsvoll, und er bildet Zukunft ab. Jeder dritte Euro fließt in die Bildung und in die Hochschulen. Auch das ist ein zentrales Thema, bei dem wir investieren. Wir haben die Hochschulausgaben ganz nach oben gebracht, lieber Robert Brannekämper. Wir hatten in den letzten Jahren Steigerungen, die unvergleichbar sind. Diese Investitionen zahlen sich aus, und sie sind rentierlich, weil sie Innovationen fördern und die klügsten Köpfe zu uns ins Land bringen. Deswegen ist dieser Haushalt gerade auch in diesen Bereichen etwas ganz Ausgezeichnetes.

Wir investieren in die Betreuung. Das Betreuungsfeld ist ein schwieriges Thema.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Auch da fließen viele Themen ein.

Wir investieren in die Polizei und in die Justiz. Das möchte ich herausstellen, und ich möchte an dieser Stelle noch einmal allen Polizistinnen und Polizisten in diesem Land danken. Sie sind jeden Tag für uns da und bringen großartige Leistungen.

Ich betone es noch einmal: Der Tod dieses jungen Polizisten kann uns nicht kaltlassen, und wir müssen uns bewusst machen, dass so etwas jeden Tag an jeder Stelle wieder vorkommen kann. Deswegen müssen wir unsere Polizei gut ausstatten und sie

schützen. Außerdem müssen wir dafür sorgen, dass Menschen, die solche Angriffe verüben, in diesem Land nichts verloren haben. Das ist ein zentrales und wichtiges Thema. Ich danke allen, die in der Polizei draußen ihren Dienst tun und jeden Tag für uns da sind.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir können heute einen Haushalt aufstellen, der wirklich gut ist. Die Rahmenbedingungen sind zwar aufgrund von 1,1 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen schwierig, aber wir haben Gott sei Dank eine verantwortungsvolle und vorausschauende Politik. Allerdings wollen wir im Freistaat für die Zukunft noch mehr.

Gleichwohl werden wir überlegen müssen, was wir uns wo leisten können. Wo ist unsere Priorität in den Aufgaben? Ich denke, die Priorität muss darin liegen, dass wir die Wirtschaft ankurbeln, damit wir die anderen Leistungen weiter nach vorne bringen, und wir wollen an die künftigen Generationen denken.

Ich möchte Josef Zellmeier an der Stelle sehr herzlich danken. Lieber Josef, du hast mit deinem Haushaltsausschuss in vielen Stunden und durch gute Vorbereitungen eine großartige Arbeit geleistet. Es ist auch dein Verdienst, dass der Haushalt so ist, wie er jetzt ist. Vielen Dank dafür!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen freue ich mich auf die nächsten drei Tage, die sicherlich von vielen Diskussionen, aber vielleicht auch von dem einen oder anderen Reibungspunkt getragen sind. Wer sich den Haushalt jedoch angeschaut und sich damit befasst hat, muss zu dem Schluss kommen, dass es unter diesen Bedingungen ein hervorragender Haushalt für die Menschen

(Zuruf von den GRÜNEN)

und für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ist; denn das Entscheidende ist, dass wir für die Menschen in unserem Land Politik machen und für sie Geld ausgeben. Das ist unser Ansatz, dem wir treu bleiben und dem wir verpflichtet sind. So wollen wir unsere Politik in der Zukunft fortsetzen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN und bei der Regierungsbank)

Präsidentin Ilse Aigner: Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. – Die erste ist von dem Kollegen Florian von Brunn. Danach muss sich die AfD entscheiden, wer frägt.

Florian von Brunn (SPD): Lieber Herr Holetschek, ich verstehe gar nicht, dass Sie sich über den Länderfinanzausgleich, den Markus Söder persönlich verhandelt hat, immer so aufregen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Oh Mann, der lernt es einfach nicht!)

13 Milliarden Euro sind während Corona vom Bund an Bayern zurückgeflossen;

(Michael Hofmann (CSU): Da fließt doch nichts zurück!)

man könnte jetzt auch über die Verkehrsinfrastruktur reden.

Sie stellen aber natürlich berechnete Fragen. Was machen die Berliner mit dem Geld? – Sie kaufen zum Beispiel Dienstwagen. Von den über 30 Dienstwagen kommen ungefähr 30 von BMW und Audi aus Bayern. Die meisten davon sind – das gefällt Ihnen vielleicht nicht – auch noch Elektrofahrzeuge. Das Geld fließt also auch für bayerische Industrieprodukte zurück. Das könnte man bei der Argumentation auch einmal berücksichtigen.

(Zurufe der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU) und Michael Hofmann (CSU) – Weitere Zurufe)

– Dass Sie das nicht verstehen, verstehe ich schon!

Klaus Holetschek (CSU): Lieber Herr Kollege von Brunn, ich hoffe, es war jetzt nicht so ernst gemeint, als Sie sagten, wir würden mit den 9,1 Milliarden Euro die Dienstwägen der Berliner Republik finanzieren.

(Heiterkeit bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das ist kein Ansatz, den wir tragen.

Ich möchte es schon noch einmal betonen. Die Solidarität ist wichtig, und dieser Solidarität will sich keiner entziehen. Wir haben jedoch über die Jahre hinweg gemerkt, dass wir zwar irgendwann einmal in der Solidarität waren, aber inzwischen schon über, ich glaube, 100 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich gezahlt haben. Das geht natürlich in eine völlig falsche Richtung, und da muss nachjustiert werden. Mich stört, dass im Land Berlin, an das 60 % gehen und das wir gern unterstützen, großzügig irgendwelche Leistungen ausgesteuert werden, die woanders nicht mehr erbracht werden können. Das funktioniert eben nicht. Wir wollen solidarisch sein, aber nicht blöd, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Florian von Brunn (SPD): Warum hat es dann Söder verhandelt?)

Präsidentin Ilse Aigner: Die zweite Zwischenbemerkung ist vom Kollegen Roland Magerl.

Roland Magerl (AfD): Werter Kollege Klaus Holetschek, das Thema Hochwasser ist momentan bestimmend. Sie haben in Ihren Ausführungen dargestellt, was die Staatsregierung da an Investitionen auf sich nimmt für das Wohl der bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Wir haben gerade am Anfang der Sitzung traurig zur Kenntnis nehmen müssen, dass mittlerweile zwei Einsatzkräfte verstorben sind.

Ich habe am 29.05.2019 einen Antrag auf Errichtung eines bayerischen Zentrums für Wassergefahren gestellt, um genau solche Einsatzlagen trainieren zu können, damit solche Vorfälle, bei denen Einsatzkräfte Leib und Leben riskieren und dann ihr Leben lassen müssen, nicht mehr vorkommen. Der Antrag wurde damals abgelehnt, auch mit der Begründung, dass die Staatsregierung sich anschauen wird, wo so etwas in Zukunft vielleicht installiert werden kann. Da interessiert mich: Wurde da mal ein Standort angeschaut? Hat man sich etwas überlegt?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, die Redezeit ist schon vorbei.

Roland Magerl (AfD): Ja. – Hat man sich etwas überlegt? Wie ist da der Stand?

Klaus Holetschek (CSU): Der Stand ist, dass die Planungen für ein solches Zentrum inzwischen vorangetrieben wurden. Ich hatte vor Kurzem auch selber mit der DLRG ein Gespräch. Auch die Wasserwacht ist da eingebunden. Die Einrichtung eines solchen Zentrums steht bei uns auf der Tagesordnung und wird vorangetrieben, wie auch bei der Bergwacht.

(Zuruf von der AfD: Warum haben Sie das dann abgelehnt? – Prof. Dr. Ingo Hahn

(AfD): Vor fünf Jahren war das!)

– Nein! Wir müssen jetzt aufpassen. Ich finde es dramatisch,

(Zuruf von der AfD: Wir auch!)

wenn Feuerwehrleute ihr Leben im Einsatz verlieren. Da müssen wir wirklich aufpassen. Dafür gibt es aber sicherlich verschiedenste Gründe, die man mit einem Zentrum nicht von vornherein auflösen kann. Ich bin dafür, dass wir weiter investieren. Das gilt für die Feuerwehrschulen, das Zentrum für besondere Einsatzlagen, das in Windischeschenbach entstanden ist, aber genauso für Wasserwacht und Bergwacht. Da ist das Innenministerium dran. Da werden wir weiter darauf setzen. Wir kürzen keine Mittel. Wir investieren in die Ausbildung und in die Zukunft derer, die ihr Leben für uns einsetzen. Darauf können Sie sich verlassen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster erteile ich der Kollegin Katrin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesen schweren Stunden sind unsere Gedanken bei allen Menschen, die von der Flutkatastrophe schwer getroffen wurden. Wir als AfD-Fraktion stehen an der Seite aller Betroffenen. Meine Gedanken sind bei den Familien der Flutopfer und bei den Verstorbenen. Ich hoffe sehr, dass die Vermissten noch lebend gefunden werden können. Ich danke von ganzem Herzen allen Helfern und Rettern, die unermüdlich im Einsatz sind. Ihr Einsatz verdient unseren tiefsten Dank und höchsten Respekt.

(Beifall bei der AfD)

Den Opfern muss nun schnell und unbürokratisch geholfen werden. Wir als AfD-Fraktion werden dies nach Kräften unterstützen.

Leider ist das nicht die einzige Katastrophe, die unsere Heimat derzeit heimsucht. Der islamistische Mordanschlag auf den Journalisten und Aufklärer zum Thema politischer Islam Michael Stürzenberger hat nun den jungen Polizeibeamten Rouven L. das Leben gekostet. Der seit neun Jahren ausreisepflichtige Afghane Sulaiman A. stach dem Beamten mit einem Messer mehrfach in den Kopf. Im Internet wird das Opfer von Islamisten verhöhnt. Liebe Kollegen, das ist eine Schande für Deutschland!

(Beifall bei der AfD)

Einen Tag zuvor erstach ein Asylant in Potsdam den Sicherheitsangestellten eines Asylheims.

Das sind nur zwei Beispiele für mittlerweile Tausende tragischer Opfer der katastrophal falschen Politik, die der Ministerpräsident und seine CSU ursächlich mit zu verantworten haben.

(Beifall bei der AfD)

Es war nämlich die von der CSU mitgeführte Bundesregierung, welche die Flutung Deutschlands und Bayerns, auch über die bayerischen Grenzen, mit Millionen Männern unbekannter Herkunft und Identität vor allem aus dem muslimischen Kulturkreis überhaupt erst ermöglichte. Das Resultat sind nicht nur bis zu 20.000 Messerangriffe pro Jahr und 2.800 Gruppenvergewaltigungen, ein Straftatbestand, den es bis vor wenigen Jahren in Deutschland nicht einmal gab.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Das stimmt nicht!)

Dieser Zuwachs der Ausländerkriminalität in Bayern bedeutet auch eine unabsehbare kulturelle Veränderung unseres Landes, unserer Heimat und unserer Zukunft.

Doch statt uns vor diesen Gewalttätern zu schützen, diskreditiert der sogenannte Verfassungsschutz in Bayern

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ha! "Sogeannter Verfassungsschutz"!)

lieber diejenigen, die vor den verheerenden Entwicklungen warnen. Herr Stürzenberger klagt die Bayerische Staatsregierung allen Ernstes an, indem er forderte:

"Jeder Moslem, der aus Afghanistan als vermeintlicher ‚Flüchtling‘ zu uns nach Deutschland kommt, müsste zunächst genau auf seine Einstellung zum Islam überprüft werden."

Angesichts der unglaublichen Zahl von Messerangriffen wäre genau das die Aufgabe der Staatsregierung gewesen!

(Beifall bei der AfD)

Stattdessen verschließen Sie die Augen vor der explodierenden Zahl an Gewaltverbrechen und hetzen gegen die Opposition.

(Florian von Brunn (SPD): Beim Hetzen kennen Sie sich aus!)

Sie reden den politischen Islam schön. Sie weigern sich, Ihre politische Verantwortung an dieser katastrophalen Entwicklung endlich einzugestehen. Ihr Versagen kostet Menschenleben. Der politische Islam gehört eben nicht zu Deutschland!

(Beifall bei der AfD)

Ich betone es ganz deutlich: Die millionenfache Remigration von ausreisepflichtigen Ausländern ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der AfD)

Jeder dritte Erstklässler in Bayern ist kein deutscher Muttersprachler mehr. Bei den Unter-Sechsjährigen in München beträgt die Quote derer mit Migrationshintergrund rund 58 %. Aus den Schulen wird berichtet, dass Schüler aus Angst zum Islam konvertieren. Extremismusforscher Ahmad Mansour sieht eine "Generation Allah" heranwachsen, die unsere Demokratie, unsere Werte und unsere Gesellschaft ablehnt und sich einen Gottesstaat wünscht wie jene Hamburger Islamaktivisten, die nun mehrfach ein Kalifat gefordert und jeden bedroht haben, der sich ihnen entgegenstellt.

Heute besprechen wir den Haushalt des Ministerpräsidenten. Mein Stellvertreter Martin Böhm wird detailliert darauf eingehen.

(Michael Hofmann (CSU): Weil Sie keine Ahnung haben!)

Ich stelle nur grundsätzlich fest: Jede finanzielle und wirtschaftliche Fehlentscheidung kann rückgängig gemacht werden – der Umbau unseres Volkes und unserer Heimat nicht!

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD wollen, dass unsere Kinder eine Zukunft haben, und zwar nicht irgendeine Zukunft,

(Florian von Brunn (SPD): Aber nicht mit Ihnen! Niemand will das!)

sondern eine deutsche Zukunft im Herzen Europas.

Angesichts dessen treten all das andere Versagen und all die anderen mutwilligen Fehlentscheidungen der Staatsregierung in den Hintergrund, ihre verfassungswidrigen Haushalte und ihre beispiellose Verschwendung von Steuergeldern. In die frühere Verantwortung des Ministerpräsidenten fallen die größtenwahnstinnige Übernahme der Hypo Alpe Adria und damit das politische und finanzielle Erdbeben der Landesbank. Als bayerischer Finanzminister verscherbelte Söder 34.000 GBW-Wohnungen an die PATRIZIA. Damit war er verantwortlich für die exorbitanten Mieterhöhungen für 90.000 Menschen mit geringem Einkommen. Als Söder erkannte, dass der Mangel an bezahlbaren Wohnungen mit das größte soziale Problem in Bayern darstellt, gründete Söder 2018 als Ministerpräsident die BayernHeim. Dabei versprach er vollmundig 10.000 Wohnungen. Bis Ende 2023 sind es ganze 267 Wohnungen geworden.

Darüber hinaus werden die Maskenproduktion und der Günstlingsfilz der CSU in die Geschichtsbücher eingehen. Doch ein Kapitel im großen Drama der miserablen Politik ist noch lange nicht abgeschlossen: Söders ans Totalitäre grenzende Corona-Politik. Der Ministerpräsident war der härteste Maßnahmeneinpeitscher der Republik, führte als einer der Ersten die FFP2-Maskenpflicht ein. Die RKI-Protokolle zeigen nun,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Themaverfehlung!)

dass dies ohne wissenschaftliche Grundlage und gegen den ausdrücklichen Expertenrat erfolgte.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist doch einfach Quatsch!)

Markus Söder war einer der Protagonisten der Aufhebung von Grundrechten und des Vollzugs jener Corona-Maßnahmen, von denen heute wissenschaftlich erwiesen ist, dass sie nicht nur nutzlos, sondern auch massiv schädlich waren!

(Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Themaverfehlung!)

Die US-Impffolgenstatistik und viele andere Statistiken beweisen die Lebensgefährlichkeit der uns von Ihnen aufgezwungenen mRNA-Präparate. Kürzlich haben zwei Ihrer so hochgelobten notzugelassenen Gegenmittel ihre Zulassung wieder verloren. Ich verspreche Ihnen und den bayerischen Bürgern: Wir, die AfD-Fraktion, werden die Aufklärung Ihres Jahrhundertversagens gnadenlos und akribisch vorantreiben.

(Beifall bei der AfD)

Doch die Geschichte Ihrer Katastrophenpolitik geht weiter. Während die gesamte zivi-
lisierte Welt in Sachen Energieversorgung auf Zukunftstechnologien wie Flüssigsalz-
reaktoren setzt – gerade bauen deutsche Ingenieure eine Anlage, allerdings nicht in
Bayern, sondern in Ruanda –, hat der Ministerpräsident den Kernkraftausstieg aktiv
vorangetrieben. Die dramatischen Folgen Ihrer grundfalschen Politik sind ein nie da-
gewesener Wirtschaftsniedergang und die Abwanderung zahlloser Unternehmen und
qualifizierter Fachkräfte. Prof. Manuel Frondel vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsfor-
schung, RWI, hat die Kosten der von Ihnen mit eingeleiteten Heizungswende auf min-
destens 1.000 Milliarden Euro berechnet, womit wir dann bis 2030 so viel CO₂ einspa-
ren, wie China an einem einzigen Tag in die Luft bläst. BASF-Chef Martin Brudermüller
sagt: Überall auf der Welt verdient man Geld, nur nicht in Deutschland. Der Präsident
des Verbandes der Chemischen Industrie Markus Steilemann sagt, Deutschland ver-
wandle sich vom Industrieland in ein Industriemuseum.

Ich fasse zusammen: Unkontrollierter Massenzustrom, massiver Gewaltanstieg, die
Zerstörung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundlagen unseres Volkes,
der Abbau der demokratischen Grundrechte und Günstlingswirtschaft sind die Schre-
ckensbilanz von Markus Söder.

(Beifall bei der AfD)

Doch es gibt Hoffnung: Die junge Generation und die arbeitende Bevölkerung lassen sich von Ihnen und Ihren Günstlingsmedien nicht mehr für dumm verkaufen. Laut aktuellen Umfragen führt heute eine Partei die Beliebtheitskala bei jungen Menschen und Arbeitern an, sie heißt "Alternative für Deutschland". Für unser geliebtes Bayern und unser deutsches Vaterland ist noch lange nicht alles verloren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Ihre Umfragen sinken! Das ist gut so!)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, es liegen drei Wortmeldungen für Zwischenbemerkungen vor. – Die erste Wortmeldung kommt vom Kollegen Felix Freiherr von Zobel für die FREIEN WÄHLER.

Felix Freiherr von Zobel (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin, ich meine, Sie haben jetzt sehr viel erzählt, aber eigentlich nichts gesagt. Ich habe dort oben gelesen, dass es um den Einzelplan 02 geht. Damit Sie jetzt doch noch etwas zur Sache sagen können, frage ich Sie: Kennen Sie überhaupt die Höhe des Einzelplans, also das Ausgabevolumen?

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Der Ministerpräsident hat es heute nicht einmal für nötig gehalten, hierherzukommen.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie kennen die Zahlen nicht! – Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Deswegen muss die Generalabrechnung ohne ihn stattfinden.

(Weitere Zurufe)

Präsidentin Ilse Aigner: Momentan hat die Frau Kollegin das Wort. – Ihre Antwort ist schon beendet? – Dann hat der Kollege Franc Dierl die nächste Zwischenfrage.

Franc Dierl (CSU): Verehrte Frau Kollegin Ebner-Steiner, ich hätte eine Frage. Können Sie es auch gegenüber den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen haushaltspolitisch verantworten, dass wir im Hohen Haus einen Abgeordneten bezahlen, dem es die Fraktion nicht erlaubt, an Sitzungen teilzunehmen, und der auch in keinen Ausschüssen mehr tätig ist? Das ist für mich Verschwendung von Steuergeldern.

(Beifall bei der CSU)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Der Abgeordnete kommt selbstverständlich seinen Aufgaben nach. Er unterstützt uns in den Arbeitskreisen.

(Zurufe der Abgeordneten Florian von Brunn (SPD), Felix Locke (FREIE WÄHLER) und Björn Jungbauer (CSU))

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön!

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Das war's.

Präsidentin Ilse Aigner: Das war die Antwort. – Als Nächster hat der Kollege Toni Schuberl das Wort.

Toni Schuberl (GRÜNE): Ich finde es unsäglich, wie Sie diese Debatte nutzen. Die Präsidentin hat sehr gute Worte zu all diesen Katastrophen, die uns ereilen, gefunden. Sie nutzen die Debatte, um über die Überflutung Deutschlands mit Ausländern zu hetzen. Das ist insbesondere heute schändlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Frau Kollegin.

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Ich hetze hier nicht. Ich stelle nur die Realität dar. Sie sollten insbesondere darüber nachdenken, mit wem Sie sich abgeben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie doch auch!)

Sie stehen gemeinsam mit Linksextremen auf der Straße. Der Kollege Stadler hat es angemahnt. Schauen Sie lieber, dass Sie sich einmal von solchen Leuten distanzieren, dass Sie sich nicht mit solchen Menschen gemeinmachen.

(Anhaltender Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl
(FREIE WÄHLER))

Präsidentin Ilse Aigner: Nächster Redner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER ist der Kollege Bernhard Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich an dieser Stelle auch für unsere Fraktion im Namen des gesamten Hauses einen großen Dank an die Menschen sagen, die in den vergangenen Tagen 24 Stunden unterwegs waren, ohne nachts zu schlafen, die für ihre Mitmenschen und für die Sicherheit von Leben und Gesundheit und von Eigentum unterwegs waren und die sich entschlossen gegen die Wassermassen zu Wehr gesetzt haben. Wir haben ihnen sehr viel zu verdanken, und ich sage es an dieser Stelle auch ganz persönlich: Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich nenne die Blaulichtorganisationen – Kollege Holetschek hat es bereits getan –, ich möchte aber auch noch eine weitere Gruppe hinzunehmen, nämlich die Kommunalpolitiker und diejenigen, die in den Rathäusern und den Landratsämtern in Taskforces zusammengebunden waren, die sich darum gekümmert haben, dass die Rettungspläne gut ablaufen und wir vor Schlimmerem verschont geblieben sind. Das ist tatsächlich ein sehr gutes Zeichen für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, speziell hier in Bayern. Darauf können wir alle miteinander stolz sein. Auch wir, die hier für die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Politik machen, können sagen: Ja, wir haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gute Grundlagen dafür gelegt, dass wir in Bayern eine gute innere Sicherheit haben.

Ich nenne stellvertretend zwei Minister der Staatsregierung, den Innenminister Joachim Herrmann und den Umweltminister Thorsten Glauber. Sie haben mit dem Haushalt, über den wir jetzt drei Tage lang reden, dafür gesorgt, dass wir ausreichend in die innere Sicherheit investieren. Dazu gehört natürlich der Katastrophenschutz, aber auch der Hochwasserschutz. Lassen Sie mich etwas aus meinem eigenen Stimmkreis sagen. Die Gemeinde Dirlawang hat es schwer getroffen. Sie hat aber einen relativ neuen Hochwasserschutz. Stellen Sie sich vor, es wäre nicht so gewesen. Wenn sie diesen Hochwasserschutz nicht gehabt hätte, wäre es für diese Gemeinde und die Anliegerkommunen wesentlich schlimmer gekommen. Dazu kann ich schon sagen, dass wir in Bayern gut unterwegs sind.

Das heißt aber nicht, dass wir nach der Katastrophe keine Bestandsaufnahme machen und nicht dort nachsteuern müssten, wo wir es noch besser machen können. Gerne können wir das auch fraktionsübergreifend tun. Dieses Ziel muss uns im Grunde alle einen. Die Sicherheit ist ein elementarer Bestandteil der Lebensgrundlagen der Menschen in diesem Land. Die Menschen in Bayern sind gut aufgehoben in der Gesellschaft, aber auch bei denen, die sie in den Kommunen und hier im Freistaat gut regieren, also bei der Staatsregierung und beim Bayerischen Landtag.

Meine Damen und Herren, der Haushalt ist die Grundlage für politisches Handeln. Ein solider Haushalt sichert Zukunft. Deswegen kann ich die Worte von Klaus Holetschek durchaus unterstreichen: Albert Füracker macht seit vielen Jahren einen herausragenden Job. Du bist der beste Finanzminister in Bayern. Der Begriff "beste" ist aber immer relativ zu sehen. Selbst wenn ich einen Vergleich mit einigen Finanzministern ziehe, an die ich dieses Prädikat nicht verleihen würde, muss ich sagen, du hast auch in absoluten Zahlen höchstes Lob verdient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): Wie viele Finanzminister haben die FREIEN WÄHLER?)

– Lieber Kollege von Brunn, ich würde nicht mit Steinen werfen, wenn ich im Glashaus sitze.

(Florian von Brunn (SPD): Ich habe doch nur eine Frage gestellt!)

Ich kann mich an eine Ministerpräsidentin Hannelore Kraft erinnern. Ich weiß, jetzt wird es Ihnen peinlich. Diese Frau hat Nordrhein-Westfalen in fünf Jahren dreimal einen verfassungswidrigen Haushalt präsentiert. Wie hieß denn der Finanzminister damals? – Ich meine, er hieß Walter-Borjans – auch das kein unbekannter Sozialdemokrat.

(Florian von Brunn (SPD): Guter Finanzminister! Er hat die Steuer-CDs gekauft!)

Ist er noch in der SPD? – Ich weiß es nicht.

(Florian von Brunn (SPD): Selbstverständlich! Wir sind stolz auf ihn!)

Ich würde jedenfalls sehr vorsichtig sein, wenn es um finanzielle und finanzpolitische Kompetenz geht. Ich muss sonst noch Franz Josef Strauß und den Hund mit dem Wurstvorrat zitieren. Ich werde das jetzt nicht machen; denn ich will die Redezeit diesem Haushalt widmen. Ich will darstellen, dass dieser Haushalt grundsolide aufgestellt ist und uns auch gut in die Zukunft bringt.

(Florian von Brunn (SPD): Aber der Norbert Walter-Borjans hat im Gegensatz zu Ihnen gegen Steuerhinterziehung gekämpft!)

Der Haushalt und die Haushaltspolitik des Freistaats Bayern sind dadurch gekennzeichnet, dass wir die Schuldenbremse einhalten, während die SPD und auch die GRÜNEN – die FDP nicht – im Bund immer wieder versuchen, diesen Verfassungsgrundsatz, den sie ja selber beschlossen haben, auszuhebeln, auszutricksen und dann auch noch die Unverschämtheit besitzen, dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz vorzuwerfen, dass er vor dem Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit ihres Haushalts offengelegt hat.

(Florian von Brunn (SPD): Das war politisch dumm!)

Das ist eine klassische Täter-Opfer-Umkehr. So etwas gibt es hier in Bayern nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): Politisch dumme Oppositionsarbeit war das!)

Wir halten uns an die Schuldenbremse. Wir subventionieren kränkelnde Bundesländer. Wir haben Rücklagen für Pandemien, Naturkatastrophen und dilettantische Ampel-Regierungen sowie Trickereien mit Sondervermögen aufgebaut.

Wir in Bayern haben auch ein Sondervermögen, das heißt Grundstock. Aber der Unterschied zwischen unserem Grundstock und dem Sondervermögen des Bundes ist sehr einfach: Unser Grundstock bringt Erträge und Zinsen, euer Sondervermögen kostet Zinsen. Das ist der Unterschied zwischen Bayern und Berlin in diesen Tagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von den GRÜNEN: So ein Quatsch!)

Ein Haushalt wird über die Einnahmen gewonnen. Ich freue mich deswegen sehr, dass wir nicht nur einen überragenden Finanzminister, sondern gleichermaßen auch einen überragenden Wirtschaftsminister haben. Selbstverständlich ist Hubert Aiwanger der beste Wirtschaftsminister in Bayern.

(Allgemeine Heiterkeit – Johannes Becher (GRÜNE): Er ist auch der Einzige in Bayern! – Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

– Dass hier ausgerechnet aus den Reihen der GRÜNEN Zwischenrufe kommen! Ich hätte mich beschämt zur Seite gewendet. Ich denke an Robert Habeck, der die schlimmste Katastrophe eines Wirtschaftsministers in Nachkriegsdeutschland ist.

(Florian von Brunn (SPD): Wo ist denn der Wirtschaftsminister? – Nicht mal sein Bruder ist da!)

Der Mann weiß doch nicht einmal, was eine Insolvenz ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Unruhe bei den GRÜNEN)

– Das ist bezeichnend. Es gibt das Sprichwort von den getroffenen Hunden, die bellen usw.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Wo ist denn Bayerns Wirtschaftsminister?)

Hubert Aiwanger ist der Garant dafür,

(Florian von Brunn (SPD): Für was?)

dass Bayern wirtschaftlich an der Spitze in Deutschland steht und dort auch bleiben wird.

(Unruhe bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

– Kollege Becher, die Wunden zu lecken tut weh, aber ich kann Sie beruhigen: Sie müssen nur noch eineinhalb Jahre Wunden lecken, dann dürfen Sie sich in der Opposition erholen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): Ist das der lustige Teil Ihrer Rede?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vergleichen wir doch einmal: Ampel-Sozialismus in Berlin, Bürgergeld, Kindergrundsicherung, Grunderbe 60.000 Euro – von den Jusos beschlossen.

(Anna Rasehorn (SPD): Ja, ich war dabei!)

Wann kommt es in Berlin? – Ich hoffe, dass die Regierungszeit nicht mehr allzu lange ist, damit uns wenigstens das erspart wird. Bis zu 90 % Erbschaftsteuer! – Das ist die Ideologie dieser Bundesregierung.

(Florian von Brunn (SPD): Gerechtigkeit und faire Verteilung – das ist unsere Ideologie, und dazu stehen wir auch!)

– Das nennt ein von Brunn auch noch Gerechtigkeit. Man sieht da aber wenigstens die unterschiedlichen Akzente. Wir sagen: Gerecht ist, wenn der etwas davon hat, der etwas leistet, und nicht derjenige, der subventioniert wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian von Brunn (SPD): Die Reichen und die Steuerhinterzieher!)

– Was für ein respektloser Zwischenruf! Diejenigen mit hohem Einkommen

(Florian von Brunn (SPD): Und die Polizistin und die Kindergärtnerin und die Lehrerinnen und Lehrer – das sind doch die Leistungsträger!)

tragen diesen Staat mit ihrem Steuergeld. Sie haben genauso Respekt verdient wie jeder andere, der ehrlich arbeitet und Steuern zahlt. Das erwarte ich auch von einem Sozialdemokraten, selbst wenn er, wie Sie, ideologiegetrieben ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir brauchen keine ideologiegetriebenen Prestigeprojekte in der Hoffnung, dass das Geld schon irgendwo herkommen wird, um die schönen Projekte zu finanzieren. Wir brauchen eine ehrliche, saubere Wirtschaftspolitik, die wir hier in Bayern machen. Sie hat die Leistungsträger im Auge, hat die Industrie im Auge, hat die fleißigen Menschen im Auge. Daraus wird etwas!

Wer sich nur auf Bürgergeld, Kindergrundsicherung und 60.000 Euro Grunderbe kapriert, wird wirtschaftspolitisch keinen Erfolg haben.

(Florian von Brunn (SPD): Einfach nur Quatsch, was Sie sagen! – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zur Vorrednerin. Ich muss schon sagen: Man kann Ihnen nicht länger durchgehen lassen kann, dass ausgerechnet Sie sich hinstellen und die Flüchtlingspolitik geißeln. Wer ist denn schuld daran? Wer hat denn die Hauptverantwortung dafür, dass wir eine Million Ukrainer haben? – Ihr Freund Wladimir Putin! Und kein anderer!

(Unruhe und Lachen bei der AfD – Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

– Frau Ebner-Steiner, machen wir mal weiter: Wir haben viele Syrer im Land. Wer ist der größte Unterstützer von Schlächter Assad in Syrien? – Wladimir Putin! Wer ist der Freund vom Iran? – Wladimir Putin, Ihr Freund Wladimir Putin, Frau Ebner-Steiner! Das muss auch einmal gesagt werden.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): So ein Schmarrn!)

Ich sage es jetzt in aller Deutlichkeit: Die Allianz von AfD und BSW ist nicht die Alternative, sondern der Untergang für Deutschland.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik baut auf soliden Grundlagen auf. Wir haben eine Hightech Agenda in Höhe von 5,5 Milliarden Euro – mehr als alle anderen Bundesländer in Deutschland. Wir investieren in die Zukunft. Zukunft heißt: Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft.

Hier sitzt die Kultusministerin. Die Kultusministerin und ihr Vorgänger Michael Piazzolo sind im Kabinett durchsetzungsstark.

(Lachen des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Da lachen Sie, Kollege Schuberl. Schauen Sie doch mal, wie viele zusätzliche Lehrerstellen hier geschaffen werden. Davon träumt Theresa Schopper in Baden-Württemberg jede Nacht. Aber sie schläft schlecht, sie wacht dreimal auf und denkt, wäre ich doch in Bayern geblieben, in Baden-Württemberg muss ich mich bloß ärgern, weil ich die Stellen nicht bekomme.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Anna Stolz, in schweren Zeiten setzen wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner A 13 für Grund- und Mittelschullehrer durch. Das ist ein Signal an Menschen, die viel leisten. Wir belohnen Leistung. Wir investieren nicht in Nichtleistung, wir belohnen Leistung. Vielen Dank, Anna Stolz, für dein Engagement für die Lehrerinnen und Lehrer in Bayern!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Wir sind gegen das Aus des Verbrennungsmotors. Wir führen keinen ideologiegetriebenen Kampf gegen die Automobilwirtschaft. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, die Automobilindustrie ist der tragende Grundpfeiler unserer bayerischen Wirtschaft.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Der Kollege von Brunn spricht dankenswerterweise davon, dass der Bund in Bayern Autos bestellt.

(Florian von Brunn (SPD): Sie haben mir nicht zugehört!)

Der Bund macht das nicht, weil er den Freistaat Bayern so sympathisch findet, sondern selbstverständlich wird nach Ausschreibungsrichtlinien vergeben. Warum sind die Bayern vorne? – Weil sie die besten Produkte anbieten und mit ihnen die Ausschrei-

bungen gewinnen. Umso schlimmer ist es, dass Sie mit ideologiegetriebener Politik – Stichwort: Verbrenner-Aus – den bayerischen Automobilstandorten die wirtschaftliche Grundlage entziehen wollen.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist doch totaler Quatsch, was Sie da sagen!)

Das lassen wir nicht zu.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Ich setze auf die neue Bundesregierung und hoffe, dass vom Bund kein Gegenwind, sondern Unterstützung kommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE) – Florian von Brunn (SPD): Können Sie nicht mal jemanden mit Sachverstand reden lassen?)

– Herr Kollege von Brunn, Sie dürfen nach mir reden. Ich werde mich dann zurückhalten, über Ihren ökonomischen Sachverstand eine Meinung abzugeben.

(Florian von Brunn (SPD): Sie können ihn doch gar nicht beurteilen!)

Der Wähler hat Ihnen bei der letzten Landtagswahl gezeigt, was er von Ihrem "ökonomischen Sachverstand" hält, und Sie mit einem Rekordergebnis "belohnt". Das sollte für Sie doch eigentlich ein Anlass sein, mal darüber nachzudenken: Wenn man auf der Autobahn fährt und einem sämtliche Autos entgegenkommen, ist man vielleicht nicht auf der richtigen Spur unterwegs, lieber Kollege von Brunn.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Wir setzen auf die Hightech Agenda. Wir setzen auf die Automobilindustrie. Wir setzen auf die Industrie der Zukunft. Wir setzen auch auf unsere heimische Landwirtschaft.

Ich möchte Ihnen auch einmal sagen: Die Ernährung der Bevölkerung ist genauso wichtig wie ein gesundes Klima. Es geht hier um gesunde Lebensgrundlagen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Lieber Herr von Brunn, ich weiß, Sie sind ein Universalgenie. Sie verstehen von der Wirtschaft genauso viel wie von der Landwirtschaft, von der Ökologie, von der Ökonomie. Sie sind ein Universalgenie – fragt sich nur, auf welchem Niveau!

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Landwirtschaft ist eine fundamentale Grundlage unseres Staates, weil die Landwirtschaft unsere Bevölkerung ernährt. Deswegen stehen wir auf der Seite der Landwirtschaft, und zwar nicht nur bei Demonstrationen, sondern auch bei praktischer Politik. Wir werden die Landwirtschaft weiterhin unterstützen; wir werden weiterhin den Kampf gegen Brüssel und Berlin führen, der manchmal sehr hart und schwierig ist, weil speziell in Berlin in den Ministerien Ideologen unterwegs sind, die von Naturschutzverbänden kommen. Sie wechseln direkt von Lobbyverbänden in höchste Positionen in den Ministerien. Das darf nicht sein. Das ist in Bayern anders. Deswegen läuft es in Bayern anders. Wir reden die Wirtschaft stark; die GRÜNEN dagegen reden die Wirtschaft schlecht. Wir machen sinnvolle Gesetze; ihr dagegen bringt Heizungsgesetze ein, die ihr dann Gott sei Dank auf der Zielgerade teilweise noch schreddert.

Wenn von Günstlingswirtschaft und Filz gesprochen wird, muss ich mich an Sie wenden, Frau Ebner-Steiner: Wer steht denn auf den Lohnlisten von Xi Jinping und Putin? Wer hat denn den Staatsanwalt am Hals, weil er im Verdacht steht, vom Ausland – nicht etwa vom befreundeten Ausland – gesponsert zu werden? Manchmal sollten Sie ein wenig überlegen, was Sie sagen, bevor Sie solche Parolen raushauen. Gerade in der jetzigen Phase ist das für Sie wohl besonders schwierig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend – –

(Martin Böhm (AfD): Gott sei Dank!)

– Also, wenn Sie Gott zitieren, ist das eine Blasphemie größerer Art.

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Ich glaube, die Katholische Kirche und auch die Evangelische Kirche haben Ihnen sehr deutlich gesagt, was sie von Ihnen und Ihrer Ideologie halten. Vielleicht sollten Sie sich auf andere Mächte berufen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

Ich möchte den Rest meiner Redezeit dafür nutzen, hier im Haus Dank zu sagen. Ich möchte zunächst einmal demjenigen danken, der den Haushalt eingebracht hat, nämlich dem Finanzminister Albert Füracker. Der Finanzminister hatte gerade in den letzten Jahren keinen einfachen Job. Denken Sie an die Corona-Pandemie, an den Krieg Russlands gegen die Ukraine,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

die Katastrophe in Israel und jetzt aktuell auch noch die Flutkatastrophe.

Albert Füracker ist krisenerprobt, krisenresilient. Er hat einen exzellenten Haushalt eingebracht, den wir, die Regierungsfaktionen, mit der Staatsregierung im Vorfeld intensiv beraten und diskutiert haben. Wir haben das in den Ausschussberatungen, lieber Ausschussvorsitzender Josef Zellmeier, sehr gut hinbekommen, dank deiner hervorragenden Motivation, dank deiner Sachkunde und dank deiner Autorität. Wir haben in den Ausschussberatungen ein wirklich gutes Beratungsklima gehabt. Das sage ich an dieser Stelle allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses ungeachtet ihrer Fraktionszugehörigkeit. Ich danke allen, die an diesem Haushalt mitgewirkt haben. Er ist gut geworden und verdient unsere Zustimmung. Jetzt stimmen wir über den Haushalt des Ministerpräsidenten ab. Ich empfehle, zuzustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung. Ihre Redezeit wird durch die Zwischenbemerkung des Kollegen Florian Köhler von der AfD-Fraktion verlängert.

Florian Köhler (AfD): Herr Kollege, Sie haben gerade behauptet, dass – ich zitiere – "unser Freund Putin" für die Millionen Flüchtlinge in Bayern verantwortlich sei. Ich weise zurück, dass Putin unser "Freund" sei. Sie sind unverschämt! Ich gestehe Ihnen das zu.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Ich möchte aber von Ihnen wissen: Was glauben Sie, woher die Messermänner kommen, die am vergangenen Freitag Michael Stürzenberger angegriffen und einen Polizisten getötet haben, die unsere Innenstädte unsicherer gemacht haben? Liegt das vielleicht an Islamisten aus dem Nahen oder Mittleren Osten oder der Afghanisierung der Innenstädte? Oder liegt das an Putin? Erklären Sie es mir!

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte schön, Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, erstens einmal in aller Deutlichkeit: Es ist völlig egal, woher ein Täter kommt und woher ein Opfer kommt, ob es "Stürzenberger" oder anders heißt. Jeder, der Gewalt erfährt, ist ein Opfer. Es macht überhaupt keinen Unterschied, ob mir dieser Mensch passt oder nicht. Genauso verhält es sich mit den Tätern. Wir müssen konsequent gegen Gewalttaten – –

(Florian Köhler (AfD): Das war ein abgelehnter Asylbewerber!)

– Hören Sie doch zu! – Wir müssen konsequent gegen Gewalttaten vorgehen und selbstverständlich auch mit den Mitteln des Ausländerrechts härtestmöglich reagieren. Das ist das eine.

(Florian Köhler (AfD): Dann machen Sie das doch!)

Das andere ist: Sie haben gefragt, warum ich Sie als "Freund Putins" bezeichnet habe.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

– Hören Sie doch zu! – Ich habe lediglich Ihren Kollegen Oskar Atzinger zitiert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Katharina Schulze für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss schon sagen, ich fand einige Redebeiträge zum Teil sehr verstörend, vor allem wenn man bedenkt, dass außerhalb des Bayerischen Landtags in weiten Teilen Bayerns Zehntausende Menschen gegen die Hochwasserkatastrophe kämpfen.

Vielleicht muss ich das hier einmal deutlich sagen: Die Lage in Bayern ist weiterhin ernst, teilweise massiv dramatisch. Ganz viele Landkreise haben noch den Katastrophenfall ausgerufen. Menschen bangen um ihr Hab und Gut, wurden evakuiert, sitzen in Turnhallen oder bei Freundinnen und Freunden, wissen nicht, wie es weitergeht und was noch alles kommt. Mir persönlich bricht es das Herz, wenn ich daran denke, dass sechs Menschen noch vermisst werden und drei in den Fluten ertrunken sind. Das finde ich einfach nur schrecklich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich wünsche allen Betroffenen viel Kraft – ich denke, genauso wie meine Fraktion und wie Sie alle wahrscheinlich, – auch den Angehörigen und Freunden der Toten. Wie es im Leben oft so ist, ist eine gewisse Gleichzeitigkeit da: Auf der einen Seite läuft es mir kalt den Rücken herunter, wenn ich die Bilder sehe und die Videos anschau; und auf der anderen Seite spüre ich diese unglaubliche Hilfsbereitschaft in der Gesellschaft. Ich sehe die Menschen über sich hinauswachsen. Ich war zum Beispiel am Sonntag

bei der Einsatzzentrale in der Messe in Augsburg und war erneut beeindruckt, wie die verschiedenen Hilfsorganisationen, die Blaulichtorganisationen – THW, Freiwillige Feuerwehr, Wasserwacht, Bergwacht, DLRG, Polizei –, Bundeswehr und die Verwaltung seit Tagen mit wenig Schlaf zusammenarbeiten, um zu helfen und zu unterstützen. Die haben ein riesengroßes Dankeschön von uns verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Lieber Herr Holetschek, wir bekommen auch Unterstützung aus anderen Bundesländern: Boote, Fahrzeuge, Men and Women Power. Deswegen fand ich es unpassend, in dem Moment über andere Bundesländer herzuziehen. Wir brauchen Solidarität in unserem Land.

(Klaus Holetschek (CSU): Wir machen das ja!)

Die macht uns stark, gerade in Krisenzeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber es wird nicht nur bei den Ehren- und den Hauptamtlichen im Rettungsbereich angepackt, sondern auch die Solidarität in der Bevölkerung ist mit den Händen zu greifen. Da gibt es Familien, Freunde, Ehrenamtliche, Freiwillige, die zusammenkommen, die Semmeln schmieren, die Kaffee kochen für die Rettungskräfte, die mit Eimern die Keller ausschippen, die Sandsäcke auffüllen. So schlimm, wie das alles ist: Das gibt, finde ich, Kraft und macht mich stolz auf unser Bayern.

Daran sieht man schon, dass die Menschen anpacken und das natürlich zu Recht auch von der Politik erwarten. Für mich müssen jetzt zwei Dinge erfolgen: Erstens braucht es eine Soforthilfe für die Betroffenen und zweitens endlich eine Vorsorge für die Zukunft. Gestern haben wir als grüne Fraktion ein Sonderhilfeprogramm von mindestens 100 Millionen Euro für die Betroffenen gefordert. Vorhin, nach dem Kabinett, hat die Söder-Regierung das verkündet. Das finden wir gut, und das begrüßen wir.

Jetzt ist es wichtig, dass diese Hilfe schnell und unbürokratisch bei den Menschen ankommt. Sie können sich sicher sein: Wir werden Sie dort eng begleiten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Unterstützen wäre besser!)

Jetzt muss natürlich erst mal die Akutlage in den Griff gebracht werden. Gleichzeitig, finde ich, müssen wir, schon allein aus Respekt vor den Betroffenen, darüber sprechen, wie es dazu kommen konnte und was die Ursache ist; denn wir leben heute in einem Jahrhundert der Hochwasser. Ein Jahrhunderthochwasser jagt das nächste, und zwar im Abstand von wenigen Jahren.

Machen wir uns nichts vor: Das wird so weitergehen. Das nennt man Klimakrise. Und ich frage mich erneut: Wie viele dieser Jahrhunderthochwasser, wie viele dieser Hitzesommer braucht es noch, bis alle verstanden haben und danach handeln, dass Klimaschutz- und Klimafolgenanpassung weniger kostet als die vielen Schäden durch das Weiter-Nichtstun? Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage ganz deutlich: Die sich häufenden Extremwetterereignisse bedrohen Wohlstand, Eigentum und Freiheit. Klimaschutz ist teuer, aber kein Klimaschutz ist noch teurer und kostet am Ende Menschenleben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen ist es wichtig, dass wir konsequenten Klimaschutz betreiben und eben auch den Fokus auf Klimaanpassung legen. Dazu zählt auch der Hochwasserschutz.

Wenn wir uns jetzt mal die Lage im Freistaat Bayern anschauen, kann man diese wie folgt zusammenfassen: Beim Hochwasserschutz gibt es zu wenig Geld, zu wenig Personal und zu wenig Wasserrückhalt in der Fläche.

(Zuruf: Wie ist das in Baden-Württemberg?)

Wegen der Engpässe im Haushalt haben Sie wichtige Hochwasserschutzprojekte gestoppt; von den neun geplanten Flutpoldern sind acht noch nicht mal im Bau, und

Deichverstärkungen wurden nicht umgesetzt. Und dann, Herr Holetschek, stellen Sie sich hierhin und sagen: Na ja, Moment mal, wir haben beim Hochwasserschutz nicht gekürzt. – Sie erwähnen aber nicht, dass es eigentlich eine kalte Sparmaßnahme ist: Die Ansätze für einen Hochwasserschutz dieses Aktionsprogramms sind von 2016 bis 2025 um 26 % gestiegen, aber die Baupreise – das Geld, das es kostet, um diese Maßnahmen alle in die Tat umzusetzen – sind um circa 40 % gestiegen. Wenn Sie es also mit Vorsorge und Hochwasserschutz ernst gemeint hätten und ernst meinen würden, müssten Sie wenigstens die steigenden Kosten ausgleichen, damit die Projekte, die geplant und angedacht worden sind, auch umgesetzt werden können. Das haben Sie leider nicht gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, an diesem Beispiel sieht man sehr gut, dass Sie als Regierung aus FREIEN WÄHLERN und CSU alles, was Vorsorge oder präventives Handeln betrifft, als nicht so wichtig erachten. Wahrscheinlich liegt es auch an dem Ministerpräsidenten, der weiß, dass man für eine Vorsorge weniger Schlagzeilen bekommt, und das stört ihn dann bekanntermaßen. Ich bin davon überzeugt, dass die Menschen in Bayern eine Regierung verdient haben, die die wichtigen Themen anpackt, die genau antizipiert, welche Herausforderungen auf unser Land zukommen, und das dann auch im Haushalt abbildet. Dafür ist nämlich dieses Steuergeld da, um Politik zu lenken, damit Bürgerinnen und Bürger, damit wir alle hier weiter gut leben können und für die Zukunft gerüstet sind.

Schauen wir uns den Hochwasserschutz an: Das ist eine kontinuierliche Aufgabe. Das lässt sich nicht mit einem Mal lösen, sondern erfordert regelmäßige Investitionen. Das ist anstrengend, aufwendig, und das muss gemacht werden. Ich verspreche Ihnen hiermit schon mal gleich von meiner Fraktion: Wir werden Sie auch in vier Wochen, in acht Wochen, in einem halben Jahr erneut daran erinnern, damit der Hochwasserschutz nicht in Vergessenheit gerät, nachdem die schreckliche Flutkatastrophe da war, sondern dass dort endlich ordentlich angepackt und mehr getan wird.

(Beifall bei den GRÜNEN – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Dann können Sie ja beim Bund anfangen!)

Und weil der Herr Kollege Pohl den Verbrenner wieder in die Höhen der Lüfte gelobt hat,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Der fährt auf der Erde!)

möchte ich Ihnen mal eine Sache ganz klar sagen: Unsere Freiheit ist bedroht von extremem Regen,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und von den GRÜNEN!)

von Stürmen

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und von den GRÜNEN!)

und von Hochwasser.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Und von den GRÜNEN!)

Unsere Freiheit ist nicht bedroht vom Tempolimit, vom Verbrenner-Aus oder vom Gendersternchen. Das müssen Sie endlich mal verstehen. Wir wollen die Klimakrise ernsthaft bekämpfen. Diese Ablenkungsmanöver von Ihnen sind schäbig, nicht nur der jetzigen Generation, sondern

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie sind doch die Verbotspartei, Frau Schulze!)

vor allem den nachfolgenden Generationen gegenüber.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Stehen Sie doch dazu!)

Was muss jetzt also gemacht werden? – Wir müssen den technischen und den ökologischen Hochwasserschutz endlich verbinden; denn eine Sache muss uns doch auch

klar sein: Nur mit technischem Hochwasserschutz werden wir die Probleme nicht in den Griff bekommen. Schauen wir uns das jetzige Hochwasser an, vor allem in Schwaben: Da waren es kleine Bäche, die auf einmal zu reißenden Flutmassen wurden. Das heißt: Wir müssen in die Renaturierung von Mooren, Flüssen, Seen und Au-landschaften investieren. Wir müssen entsiegeln, und wir müssen den Flächenfraß eingrenzen, damit das Wasser, wenn es durch Starkregen in Massen kommt, Orte hat, wo es versickern und abfließen kann. Das ist die große Aufgabe: technischen und ökologischen Hochwasserschutz zu verbinden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da wir gerade den Haushalt debattieren, möchte ich Sie noch mal darauf hinweisen: Wir als grüne Landtagsfraktion haben unzählige Anträge, auch Änderungsanträge, in diesem Haushalt zu diesem Thema gestellt: Klimaanpassung, Wassercent, Hochwasserschutz, zum Beispiel in der südlichen Oberpfalz, wassersensible Entwicklung. All diese Dinge können Sie bei diesem Haushalt noch in Ihren Haushaltsplan integrieren, wenn Sie unseren Anträgen zustimmen.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander Flierl (CSU))

Im Haushaltsausschuss haben Sie sie abgelehnt. Sie haben jetzt bis Donnerstag noch mal die Möglichkeit, Ihren Fehler zu korrigieren und in den ökologischen Hochwasserschutz zu investieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen die Menschen natürlich bei der Vorsorge unterstützen. Wir sind der Meinung, dass ein Förderprogramm "Hochwasserschutz" für Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer sowie für Mieterinnen und Mieter in Überschwemmungsgebieten aufgelegt werden muss, über das sie sehr leicht und unbürokratisch eine Förderung bekommen, wenn sie zum Beispiel bauliche Maßnahmen in ihrem Keller oder in ihrer Tiefga-

rage vornehmen wollen, damit beim nächsten Hochwasser – und das wird kommen – nicht ihre Existenz bedroht wird.

Einen Punkt habe ich bei den vorherigen Redebeiträgen wohlwollend aufgenommen: Herr Kollege Pohl meinte, wir könnten bei diesem Thema überfraktionell zusammenarbeiten. Ich möchte dazu für die GRÜNEN ganz klar sagen: Die Landtagsfraktion der GRÜNEN hat seit Jahren unzählige Vorschläge zum Hochwasserschutz gemacht, sei er ökologischer oder technischer Art. In der nächsten Sitzung des Umweltausschusses wird ein Maßnahmenpaket von uns zum ökologischen Hochwasserschutz beraten, das wir im April erstellt haben. Wir sind gerne bereit, mit Ihnen bei diesem Thema zusammenzuarbeiten, weil es für die Menschen in Bayern, für den Schutz des Eigentums und für die Freiheit aller Menschen wichtig ist, konsequent voranzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sprechen über Starkwetterereignisse und über die Klimakrise. In diesem Zusammenhang müssen wir auch den Katastrophenschutz stärken. Herr Holetschek, Sie standen vorhin hier und haben eine Stärkung des Katastrophenschutzes angekündigt.

(Klaus Holetschek (CSU): Das tun wir! Das haben wir schon im letzten Jahr getan!)

Ich muss Ihnen sagen: Das halte ich für billiges Getöse; denn unsere Änderungsanträge für höhere finanzielle Mittel zur Sanierung von Feuerwehrhäusern oder für die psychosoziale Versorgung von Helferinnen und Helfern haben Sie abgelehnt.

(Klaus Holetschek (CSU): Wir tun das! Da brauchen wir keine Änderungsanträge von euch! Frau Schulze, werden Sie Ihrer Verantwortung im Bund gerecht! Lenken Sie nicht von den eigentlichen Themen ab!)

Wenn Sie den Katastrophenschutz stärken wollen, dann gilt es, sowohl in die Ausstattung als auch in das Personal zu investieren. Ich bitte Sie deshalb, unseren Änderungsanträgen zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe jetzt viel über das Thema Klimaschutz gesprochen, weil es für die Zukunft in diesem Land zentral und entscheidend ist. Dieses Thema sollte im Haushalt stärker abgebildet werden. Sieht man sich Ihren Haushalt an, kann man klar feststellen: Von Vorsorge und dem Anpacken der Zukunft haben Sie keine Ahnung. Ihr Haushalt ist ambitionslos; damit werden entscheidende Themen nicht angepackt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Aber wenigstens ist unser Haushalt durchgerechnet; eurer nicht!)

– Auf diesen Einwand von Herrn Pohl habe ich nur gewartet. Das ist nämlich ein billiges Vorgehen der Regierung zu sagen: Die Opposition fordert einfach, was sie will. Ich will Ihnen sagen, dass die Landtagsfraktion der GRÜNEN ihre Hausaufgaben gemacht hat. Unsere Änderungsanträge und unser Haushalt sind durchfinanziert und gegenfinanziert.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie haben nicht zugehört! Ich habe vom Haushalt des Bundes gesprochen!)

Wir haben konkrete Änderungsvorschläge für Einsparungen und Ausgaben, die wir für sinnvoll erachten, gemacht.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Renaturierung von Staatsstraßen!)

Wir haben immer auf die Planbarkeit geachtet; denn wir haben nur noch 1,5 Jahre bis zum Ende des Doppelhaushalts. Darum gibt es mit uns GRÜNEN eine seriöse Haushaltspolitik. Das ist eindeutig und klar.

(Beifall bei den GRÜNEN – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Fangen wir mal in Berlin an!)

Ich nenne Ihnen noch ein anderes Beispiel dafür, dass dieser Haushalt nicht zukunftsgerichtet ist, nämlich das Thema Bildungspolitik, von der frühkindlichen Bildung bis zu

den Großen. Ich glaube, verbal sind wir uns alle einig: Kinder sind unsere Zukunft. Das wird am Weltkindertag immer wieder gesagt. Schauen wir aber in diesen Haushalt, sehen wir, dass es bei der Kitafinanzierung an Geld fehlt. Deshalb haben wir auch einen entsprechenden Änderungsantrag gestellt. Viele Träger haben mit den steigenden Energiepreisen zu kämpfen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Bei der Bildung oder bei der Kita?)

– Bei den Kitas. Die Kitas gehören zur frühkindlichen Bildung, falls Sie das noch nicht verstanden haben. Die Bildungspolitik beginnt bei den Kleinsten und reicht bis in die Schule. Herr Pohl, lebenslanges Lernen gilt für alle.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Hier gibt es aber unterschiedliche Zuständigkeiten bei den Kommunen und beim Land!)

Der Freistaat Bayern sollte den Basiswert für die Kitaträger erhöhen, damit sie ihre Aufgaben gut meistern können. Das können wir als Freistaat Bayern tun, wenn uns das wichtig ist. Wir GRÜNE sagen, wir wollen in die Qualität der Kinderbetreuung investieren. Darum haben wir auch hierfür einen entsprechenden Änderungsantrag eingebracht; denn wir sind der Meinung, dass bei den Jüngsten nicht gespart werden sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Albert Füracker: Das tun wir auch nicht!)

Wir haben jetzt noch drei Tage Zeit, die Einzelpläne durchzugehen. Unsere Änderungsanträge werden dann von meinen Kolleginnen und Kollegen im Detail vorgestellt. Ich bin der Meinung, dass es in Zeiten multipler Krisen und dieses schlimmen Hochwassers die Aufgabe eines verantwortungsvollen Parlaments und einer verantwortungsvollen Regierung ist, die Zukunftsfragen unserer Zeit anzupacken.

(Klaus Holetschek (CSU): Das tun wir!)

Das bedeutet, auch einmal in etwas zu investieren, das keine tollen, schnellen Schlagzeilen bringt, und wo man nicht gleich ein rotes Bändchen durchschneiden kann. Es geht nämlich um sinnvolle Zukunftsinvestitionen für die Bürgerinnen und Bürger und die nachfolgenden Generationen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Hightech Agenda!)

Mit unseren Vorschlägen zum Doppelhaushalt haben wir genau das gemacht. Unsere Vorschläge sind gegenfinanziert, planbar und zukunftsgerichtet. Ich freue mich jetzt auf die Debatte und würde mich noch mehr freuen, wenn Sie wenigstens zu unseren Anträgen zum Hochwasser Ihre Meinung ändern und diesen Anträgen zustimmen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Frau Kollegin. Mir liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. – Zunächst erteile ich Herrn Prof. Dr. Hahn von der AfD-Fraktion das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Werte Frau Kollegin Schulze von den GRÜNEN, wenn Sie von Ökologie sprechen, dann sehe ich immer große Dollarzeichen in Ihren Augen. Sie missbrauchen diese Haushaltsdebatte wieder ganz klar für Ihre Klimaideologie. Wie verrückt diese Klimaideologie ist, sehen wir daran, dass Sie vor zwei Jahren noch von Überhitzung gesprochen haben. Mit der Überhitzung ist es nichts. Wir haben ganz normale Temperaturen.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Vor einem Jahr haben Sie noch von Trockenheit und großen Dürreperioden geredet. Die Dürreperioden sind nicht gekommen. Im Gegenteil, wir haben zu viele Niederschläge. Wir hatten auch im letzten Jahr sehr viele Niederschläge. Jetzt gibt es Überschwemmungen. Das ist ein ganz normales hundertjährliches Hochwasser. Das kommt alle 100 Jahre einmal vor; aber Sie sprechen schon wieder vom Klima.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Fakt ist: Sie wollen über diese Klimaabgaben einfach nur Geld einnehmen. Das haben Sie gerade wieder mit dem Wassercent bewiesen. Sie wollen die Leute abkassieren, um Millionen Menschen, die Ihre Ampel ins Land geholt hat, versorgen zu können. So sieht es aus.

(Beifall bei der AfD)

Katharina Schulze (GRÜNE): Die Klimakrise bekämpfen wir nicht durch das Leugnen des menschengemachten Klimawandels, sondern dadurch, dass wir konsequent handeln. Zur Klimakrise gehört, dass es künftig mehr und häufigere Starkwetterereignisse geben wird und schon gibt. Deswegen ist es die Aufgabe der Politik, das Eigentum und die Freiheit der Bürgerinnen und Bürgern zu schützen. Ich weiß, dass die AfD-Fraktion davon überhaupt nichts hält, weil sie nicht einmal die Grundzüge der Klimapolitik verstanden hat. Das ist bitter und hart; denn der menschengemachte Klimawandel ist Fakt. Egal, wie oft Sie das Gegenteil behaupten; es wird dadurch nicht wahrer. Listen to the science, das gilt auch für Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich Frau Kollegin Schorer-Dremel das Wort.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Werte Frau Kollegin, Sie werfen in Ihrer Rede der Bayerischen Staatsregierung vor, nicht genügend getan zu haben. Wir haben in den vergangenen 23 Jahren über 4 Milliarden Euro investiert. Das bedeutet, dass jetzt über 600.000 Menschen geschützt werden konnten. Wir werden im Nachhinein die eine oder andere Maßnahme noch einmal auf den Prüfstand stellen, um zu sehen, welche Maßnahmen tatsächlich geholfen haben.

Eines halte ich jedoch für viel entscheidender: Sie haben von Vorsorge und präventivem Handeln gesprochen. Der Bund kündigt immer nur an, Bayern setzt jedoch Strate-

gien um. Da stellt sich mir eine Frage: Warum haben die GRÜNEN im letzten Bundeshaushalt 2023 die Mittel für den Bevölkerungsschutz, die Mittel für das THW, das jetzt unverzichtbar war, um 189 Millionen Euro gekürzt? Warum wurden diese Mittel so drastisch gekürzt, wenn doch der Bevölkerungsschutz so unendlich wichtig ist? Warum passt Ihre Rede in Bayern nicht zum Handeln im Bund?

(Beifall bei der CSU)

Katharina Schulze (GRÜNE): Zwei Sätze dazu: Erstens. Man sollte nicht nur die letzten Jahre ansehen. Gewisse Hochwasserschutzprojekte, die eigentlich schon geplant waren, wurden gestoppt. Von den geplanten Poldern wurden noch nicht einmal alle gebaut, und wir sehen, dass Geld

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bis 2035!)

für diese Hochwasserschutzmaßnahmen fehlt. Dafür tragen Sie nun einmal die Verantwortung, weil Sie die Bayerische Staatsregierung stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann ist es auch unsere Aufgabe als Opposition, dies klar zu benennen und einzufordern. Sie hatten hier einen Streit zwischen FREIEN WÄHLERN und CSU bezüglich der Flutpolder. Dann ging es hin und her.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie haben die Frage schon gehört?)

– Ich komme schon noch dazu!

(Michael Hofmann (CSU): So viel Zeit haben Sie nicht!)

Wertvolle Zeit wurde dadurch verloren. Das rächt sich jetzt. Das muss man ansprechen, und daran müssen wir arbeiten, damit es besser wird.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Zweitens. Beim Bevölkerungsschutz müssen wir mehr investieren. Deswegen haben wir hier in Bayern, wo wir als grüne Landtagsfraktion zuständig sind, auch schon unzählige Änderungsanträge dazu gestellt.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Der Bund ist zuständig!)

Ich werde mich auch weiterhin im Bund für eine Stärkung des THW einsetzen.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Für Feuerwehr, Wasserwacht, DLRG und Co. –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Kollegin, Ihre Redezeit!

Katharina Schulze (GRÜNE): – sind wir aber hier auch in Bayern selbst zuständig.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Herr Fraktionsvorsitzender von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Ich möchte mich angesichts des Hochwassers zuerst an die vielen Rettungskräfte und Helfenden wenden: Sie haben in dieser gefährlichen Situation Großartiges geleistet! Sie tun das auch weiterhin, und ich finde, das hat unseren Dank und höchsten Respekt verdient.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der GRÜNEN)

Die Rettungskräfte riskieren bei den Einsätzen ihr eigenes Leben. Wir haben es gerade gemerkt. Wir trauern mit der Feuerwehr um den Kollegen, der sein Leben verloren hat. Wir halten die Daumen für den, der vermisst ist, und sprechen den betroffenen Familien, Freunden sowie Kolleginnen und Kollegen unser herzliches Beileid aus. Unser tiefes Mitgefühl gilt auch den weiteren Todesopfern, die das Hochwasser gefordert hat. Wir drücken jenen die Daumen, deren Angehörige vermisst sind. Ich bedanke

mich ausdrücklich bei Herrn Innenminister Herrmann, der heute nicht hier ist, und bei den vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Landrätinnen und Landräten, die den Katastrophenschutz vor Ort organisieren. Vielen Dank für Ihre gute Arbeit!

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Es ist gut, dass wir unsere Rettungskräfte in Bayern stark unterstützen – das sage ich ausdrücklich – und dass wir dies über die Parteigrenzen hinweg tun. Gerade in diesem Unglück wird auch wieder deutlich, wie unglaublich wichtig unsere Ehrenamtlichen in Bayern sind.

Auch ist es sehr gut, dass wir jetzt den nächsten Schritt gehen und schnelle und unbürokratische Hilfe für die Betroffenen, die Menschen, die Wirtschaft, die Landwirte sowie die betroffenen Städte und Gemeinden leisten. Mich freut es ausdrücklich, dass das Kabinett heute auch unsere Initiative aufgegriffen hat. Als SPD sind wir hier für alle guten Vorschläge offen. Auch ist es gut und wichtig, dass Bundeskanzler Olaf Scholz bei seinem Besuch im Landkreis Pfaffenhofen Hilfe und Geld des Bundes zugesagt hat.

(Beifall bei der SPD)

Was sind die politischen Schlussfolgerungen aus dem Hochwasser? – Wir wissen alle – zumindest der rationale Teil dieses Parlaments –, dass die Klimaerhitzung Realität ist. Wir wissen, dass diese Klimaerhitzung von uns Menschen verursacht ist. Also müssen wir auch etwas dagegen unternehmen. Wir müssen handeln in unserem eigenen Interesse, aber vor allem im Interesse unserer Kinder; denn sie haben auch noch eine lebenswerte Welt verdient, eine Welt, die nicht von Katastrophen geprägt ist.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt für mich und für uns als SPD: Wir brauchen ambitionierten Klimaschutz und Anpassung an die Klimaerhitzung, zum Beispiel durch Hochwasserschutz. Wir müssen den Hochwasserschutz in Bayern weiter vorantreiben, natürlichen Hochwasser-

schutz wie Entsiegelung und Wiederbelebung von Mooren und Auen, aber auch technischen Hochwasserschutz wie Flutpolder. Hochwasserschutz ist eine Überlebensfrage. Dabei geht es um Leib und Leben und um das, was Menschen in ihrem Leben aufgebaut haben. Die Politik muss beim Hochwasserschutz einen klaren Kurs fahren. Sie darf sich nicht zum Erfüllungsgehilfen von Woanders-gerne-aber-bei-mir-nicht-Bürgern machen. Hochwasserschutz ist keine Spielwiese für Populismus und für Anbiederung!

(Beifall bei der SPD)

Damit spreche ich Herrn Aiwanger, der heute leider nicht hier ist, direkt an. Wissen Sie, was ich schäbig finde? – Wenn man wie Herr Aiwanger Flutpolder in Bayern bekämpft und um ganze drei Jahre verzögert hat und dann davon ablenken will und dem Naturschutz Vorwürfe macht, so wie er dies am Samstag getan hat. Herr Aiwanger, kehren Sie ein einziges Mal vor der eigenen Tür. Einmal Verantwortung und Anstand statt Stammtischsprüche!

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Einmal Sachverstand hier an diesem Rednerpult, Herr von Brunn!)

Das sollte man von jemandem erwarten können, der ein solches Amt innehat.

(Beifall bei der SPD)

Menschen vor Hochwasser schützen, das Klima schützen im Interesse unserer Kinder, das passt nicht mit Populismus zusammen! Wir haben als SPD das Gespräch mit betroffenen Bürgern geführt. Ich selbst habe in den letzten Jahren etliche solcher schwierigen Gespräche gehabt, und dabei habe ich bei allem Verständnis immer klar und deutlich gesagt: Wir brauchen Flutpolder, weil es um den Schutz von Menschenleben geht. Ja, wir brauchen Flutpolder! Das muss man klar und deutlich sagen.

Sehr geehrte Damen und Herren, dieses Hochwasser zeigt doch wieder nur eines: Es muss schneller gehen! Wir müssen den Hochwasserschutz viel schneller ausbauen.

Die Klimaerhitzung lässt uns nicht Jahre und Jahrzehnte Zeit. Lassen Sie uns jetzt gemeinsam den Ausbau des Hochwasserschutzes in Bayern beschleunigen. Lassen wir diese wichtige Aufgabe nicht durch Populisten und Wutbürger verzögern, sondern lassen Sie uns das jetzt gemeinsam anpacken, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD)

Dabei haben Sie unsere volle Unterstützung als SPD. Wir haben eine klare Position im Interesse der Menschen. Ich fand es übrigens auch sehr gut, dass Bundeskanzler Olaf Scholz, der Bundeswirtschaftsminister, der Ministerpräsident und Herr Herrmann vor Ort waren. Dies war ein wichtiges Signal der Solidarität an die betroffenen Menschen. Es war ein Zeichen, dass demokratische Politik bei solch schlimmen Ereignissen über die Parteigrenzen hinweg zusammensteht. Dafür, Herr Herrmann, sage ich ausdrücklich herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Das sollten wir auch gemeinsam beim Klimaschutz tun. Wir wollen und müssen in Deutschland und in Bayern in den nächsten Jahren klimaneutral werden, und ich sage Ihnen: Das schaffen wir nur gemeinsam! Das schaffen wir nicht mit ständigen Attacken, mit einem opportunistischen Zickzack-Kurs, mit ständigem Schielen auf Wählerstimmen und populistischen Parolen. Am Samstag mussten wir wieder von Herrn Aiwanger hören, in Deutschland sei der Wurm drin. Wir haben gerade 75 Jahre Grundgesetz gefeiert. Wir sind zu Recht stolz auf die beste Demokratie, die wir Deutschen je hatten, aber Herr Aiwanger sagt, hier sei der Wurm drin. Ich glaube, das Problem ist, dass bei Herrn Aiwanger der Wurm drin ist! Das ist das Problem, das wir haben.

(Beifall bei der SPD)

Er begibt sich mit solchen populistischen Sprüchen auf eine schiefe Ebene. Mit Populismus rutscht man sehr schnell raus aus der politischen Mitte und ganz nach rechts.

Dies betrifft nicht nur ihn, sondern es verändert auch den Ton in der gesamten Gesellschaft. Damit wird es noch schwieriger, Politik mit Verantwortung und gute Politik für die Zukunft zu betreiben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wie wäre es einmal mit Sachkompetenz, Herr von Brunn?)

– Herr Pohl, zuhören, nachdenken und dann erst sprechen, das würde ich Ihnen empfehlen!

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Es wäre schön, wenn Sie das beherzigen würden!)

Es wird noch schwieriger werden, Politik für die Zukunft zu machen, zum Beispiel für die Zukunft der bayerischen Wirtschaft. Im Moment sehen wir die Folgen falscher Politik.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Genau! Deswegen muss die Ampel weg!)

Bayern kommt beim Ausbau der Windkraft nicht voran, nicht nur wegen bürokratischer Stolpersteine, sondern weil Sie die Menschen regelrecht auf die Bäume getrieben haben! Dabei brauchen wir den Ausbau der Windkraft genauso dringend wie den Ausbau der Stromleitungen. Unsere bayerische Wirtschaft ist darauf angewiesen. Unsere Arbeitsplätze hängen davon ab.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Die Probleme zeigen sich jetzt, Herr Pohl, bei Wacker Chemie im Chemiedreieck. Viele Menschen sind dort gegen den Windpark, obwohl der Wohlstand ihrer Region von der Chemieindustrie abhängt. Der Ministerpräsident – das muss man sagen – hat sich nicht groß für diesen Windpark eingesetzt, und Herr Aiwanger erst last minute, als das Kind schon in den Brunnen gefallen war. Die fehlenden Windräder und Stromleitungen führen aber dazu, dass wir in Deutschland jedes Jahr viele Milliarden Euro ver-

brennen. Wir müssen Strom abregeln, Photovoltaik-Strom aus Bayern quasi wegwerfen. Dabei ist erneuerbare Energie bezahlbare Energie! Das funktioniert aber nur, wenn wir alles nutzen, wenn wir Windkraft, Photovoltaik und Energiespeicher kraftvoll ausbauen.

Wir als SPD unterbreiten jetzt bei diesen Haushaltsberatungen einen konkreten Vorschlag, wie wir die Windkraft im Freistaat voranbringen können: Wir wollen die Städte und Gemeinden belohnen, die Windparks genehmigen. Wenn die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister ihren Leuten sagen können, die neue Schule oder die Pflegestation sind aus den Mitteln für den Windpark finanziert, dann ist dies ein sehr starkes Argument dafür. Lassen Sie uns das tun! Unser Antrag liegt hier im Landtag vor.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens, Herr Herrmann, soll der Ministerpräsident neulich mit Blick auf die Kanzlerkandidatur im CSU-Vorstand gesagt haben: Lieber Superministerpräsident in Bayern als Superminister in Berlin. – Superministerpräsident: Das wäre schön! Da hat er recht; den könnten wir brauchen. Ein Superministerpräsident würde klimafreundliche Energie für die bayerische Wirtschaft voranbringen. Ein Superministerpräsident würde das Thema "genügend Fach- und Arbeitskräfte für Bayern" für eine gute Zukunft zur Chefsache machen. Ohne Arbeitnehmer läuft die Wirtschaft nicht. Das kann man in Japan sehen. Die Gesellschaft dort ist komplett überaltert. Aus diesem Grund ist Japan bei der Wirtschaftskraft zurückgefallen.

Die Wirtschaft, die Behörden, die Pflege, die Krankenhäuser, alle bekommen ein Problem, wenn mehr Menschen in Rente gehen als junge nachkommen. In Deutschland gehen jetzt die Babyboomer in Rente, und es gibt nicht genügend junge Leute, um das auszugleichen. Unsere Gesellschaft bekommt ein riesiges Problem. Das ist eine der zentralen Herausforderungen für Bayern, für unseren Wohlstand, die soziale Sicherheit, die Bildung, die Schulen, die älteren Menschen und die Kranken. Da sage

ich mit Stolz: Unsere Bundesregierung, über die Sie die ganze Zeit meckern, packt das an.

Erstens. Wir ermöglichen Rentnerinnen und Rentnern jetzt, unbegrenzt dazuzuverdienen. Sie können weiterarbeiten, wenn sie wollen, und dabei ihre Rente beziehen. Sie können ihre Rente aufbessern, wenn sie früher in den Ruhestand gegangen sind. Wir werden die Menschen aber nicht zu längerer Arbeit zwingen. Das macht die SPD nicht mit.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens. Wir haben das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz auf den Weg gebracht. Wir sorgen dafür, dass Fachkräfte nach Deutschland kommen.

(Lachen bei der AfD)

Das hat Deutschland schon einmal geholfen. Das hat unser Wirtschaftswunder erst ermöglicht.

(Zuruf von der AfD)

Ohne die sogenannten Gastarbeiter hätten wir nicht den Wohlstand in unserem Land, den wir heute haben.

Drittens. Wir wollen die Ganztagsbetreuung für unsere Kinder in Bayern ausbauen. Wir brauchen mehr gute Kitas, gute Ganztagschulen und gute Horte, gerade auch bei uns in Bayern. Dafür setzen wir uns als bayerische SPD ein.

Wir haben im Bund den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung durchgesetzt für unsere Kinder, aber auch für die Eltern und für die Mütter. In Bayern fehlen leider Ganztagsplätze. Das ist so, auch wenn es hier gern von Ihnen schöngeredet wird. Sie kriegen es nicht auf die Reihe, die Gelder des Bundes richtig an die Städte und Gemeinden weiterzugeben. Die Regierung Scholz fördert den Ganzttag mit vielen Hundert Millionen Euro. Aber bei uns in Bayern hat man einen guten Teil dieses Gelds lie-

gen gelassen. Im Freistaat wurden nicht einmal 20 % der Zuschüsse abgerufen. Der Durchschnitt der Bundesländer liegt bei 70 %. Manche haben fast 100 % abgerufen. Warum wir nicht? – Das versteht niemand, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu kommen bürokratische Hindernisse beim Ausbau des Ganztags. Wir können zum Beispiel in Bayern viele Schulen nicht für den Ganzttag nutzen, obwohl das viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister händeringend fordern. Die Leidtragenden sind die Familien und die Kinder.

Frauen müssen zu oft noch in Teilzeit arbeiten oder ganz zu Hause bleiben, weil die Betreuung der Kinder nicht klappt. Damit sind diese Frauen nicht nur abhängig von ihren Partnern als Versorgern; sie bekommen auch im Alter eine deutlich niedrigere Rente. So sieht es aus. Wir wollen gute Ganztagsbetreuung für die Kinder in Bayern, damit jede Frau, die arbeiten will, auch arbeiten kann, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist gut für die Kinder, weil sie gute Bildung bekommen, und für die Familien, weil die Kinder gut betreut sind und sie mehr Familieneinkommen haben. Es sorgt dafür, dass die Frauen unabhängiger sind und später mehr Rente bekommen. Es bringt dringend notwendige Fachkräfte in den Arbeitsmarkt, Ingenieurinnen und Softwareentwicklerinnen, Lehrerinnen und Erzieherinnen, Pflegerinnen und Polizistinnen. Deswegen ist das wichtig. Deswegen wollen wir als SPD das voranbringen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen als SPD aber auch gute Kitas für unsere Kinder, liebe Doris Rauscher. Wir wollen, dass die Kitas für die Eltern bezahlbar sind. Aber da gibt es das nächste Problem: Überall steigen die Kitagebühren, weil der Freistaat die Kitas schlecht finanziert.

Das Geld reicht einfach nicht. Für gute Kitas muss man einfach mehr Geld in die Hand nehmen. Deswegen schlagen wir eine bessere Förderung der Kitas in Bayern vor.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man sich all das zusammen anschaut – wie viele Kitaplätze im Freistaat fehlen, wie viele Ganztagsplätze fehlen und wie massiv die Kitagebühren steigen –, dann muss man doch sagen: Hören Sie auf, die Situation schönzureden, und lassen Sie uns daran arbeiten, dass der Ganztagsausbau in unseren Städten und Gemeinden im Freistaat Bayern klappt. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass die Kitagebühren für alle Familien und auch für Alleinerziehende bezahlbar sind. Das haben unsere Kinder und Familien und vor allem auch die Frauen in Bayern verdient, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Gelegenheit möchte ich mich ausdrücklich bei meinen Kolleginnen Doris Rauscher, Simone Strohmayer und Nicole Bäumler bedanken, die sich für gute Bildung, gute Ganztagsbetreuung und gute Kitas in Bayern einsetzen und hier wichtige Anträge vorgelegt haben.

(Beifall bei der SPD)

Zum Schluss noch einmal zurück zum Superministerpräsidenten. Ein Superministerpräsident erhöht sich nicht das Geld für seine eigene Werbung, seine PR und seine Inszenierung, vor allem dann nicht, wenn gleichzeitig die Kitagebühren steigen.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Wir helfen gerne dabei – die Anträge lägen vor –, das Geld sinnvoll zu investieren. Wir haben Anträge gestellt. Lassen Sie uns das Geld lieber für gute Kitas oder für den Unterhalt von Schwimmbädern auf dem Land verwenden.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Oder wir verwenden es jetzt, um den Menschen zu helfen, die durch das Hochwasser in Not geraten sind. Das ist besser.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Von hier aus vor allem viel Kraft und Glück für die vom Hochwasser betroffenen Menschen in unserem Freistaat und viel Energie für die Rettungskräfte, die weiter tagtäglich im Einsatz sind!

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. Bleiben Sie bitte noch kurz am Rednerpult. – Es liegt die Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Tobias Beck vor.

Tobias Beck (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr von Brunn, ich hätte als Zwischenbemerkung nur eine kurze Frage, wie Sie die Sache einschätzen. Hätte ein Polder Wörthhof oder hätten die Polder, die gebaut worden sind, die Unwetter und die Überflutungen in Schwaben verhindern können oder nicht? – Meiner Ansicht nach wäre es wichtiger, den dezentralen Hochwasserschutz zu stärken, um das Wasser in der Fläche zu halten. Das hätte auch in Rosenheim und in Schwaben mehr geholfen als ein Polder. Es sind auch Polder gebaut worden, die nicht geflutet wurden, weil die Donauegel nicht so hoch waren, dass das nötig geworden wäre. Dazu würde mich Ihre Meinung interessieren.

Florian von Brunn (SPD): Ich habe das vorher angesprochen. Beides ist wichtig; der Hochwasserschutz in der Fläche, der Rückhalt in der Fläche, die Wiederbelebung von Auen und Mooren, der Bau und die Verstärkung von Dämmen in der Fläche. Aber die Polder sind extrem wichtig; denn sie können Hochwasserwellen zum Beispiel an der Donau um 10 % kappen. Das belegen bundesweite Studien. Deswegen war es ein Fehler der FREIEN WÄHLER, in den zehn Jahren, da dieses Programm läuft, für drei Jahre Verzögerung zu sorgen. Das halte ich für fahrlässig, und das darf nicht mehr passieren.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wir werden sehen, ob das stimmt, was Sie sagen!

– Felix Locke (FREIE WÄHLER): Wäre das aktuelle Hochwasser dadurch verhindert worden? – Konkrete Frage!

– Die Angabe dieser drei Jahre liegt mir aus einer Antwort auf eine Anfrage an Umweltminister Thorsten Glauber vor.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wir werden sehen, ob das stimmt!)

– Stellen Sie das nicht infrage, wenn Sie keine Ahnung von der Materie haben.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– So ist es.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ich habe dreimal so viel Ahnung wie Sie!)

– Nein, leider nicht.

(Beifall bei der SPD – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Wäre das Hochwasser verhindert worden? – Unruhe bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Michael Hofmann.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die katastrophale Lage im südbayerischen Raum wurde heute zu Recht ausgiebig angesprochen. Unsere Gedanken sind bei den Betroffenen, vor allem auch bei den Hinterbliebenen derer, die in der Katastrophe zu Tode gekommen sind. Für uns alle ist es wirklich ein schmerzhaftes Erlebnis, sehen zu müssen, dass ehrenamtliche Kräfte im Dienst für andere Menschen selbstlos ihr Leben lassen. Wir hoffen, dass die Angehörigen über diese schwere Zeit hinwegkommen, gesichert im Trost von unserer Seite, dass wir wissen, ihre Angehörigen, Freunde und Kameraden sind nicht vergeblich gestorben.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Wir verneigen uns vor der großen Hilfsbereitschaft unserer Bevölkerung und sehen sie auch als deutliches Zeichen dafür, dass bei mancher Unterschiedlichkeit in der Wahrnehmung, in der Beurteilung, in der Diskussion am Ende des Tages ein Volk, eine Bevölkerung nur dann zusammenstehen kann, wenn man sich unterhakt und miteinander arbeitet und nicht erst einmal wartet, bis jemand anders etwas tut. Wir sehen in aller Deutlichkeit, dass dies in der bayerischen Bevölkerung hervorragend angekommen ist. Als ich gestern Abend nach München gefahren bin, waren auf der Autobahn die Kolonnen mit Blaulicht zu sehen, in denen unsere freiwilligen Einsatzkräfte runterfahren und da selbstlos mit anpacken. Das ist ein ermutigendes Zeichen für unseren Freistaat, für unser Land.

Ich möchte an der Stelle aber auch ganz klar ansprechen, dass ich, wenn jemand versucht, aus dieser Hochwasserkatastrophe politisches Kapital zu schlagen, das für schäbig halte. Das ist schäbig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wenn man der Bayerischen Staatsregierung vorwirft, sie würde Prävention bzw. Vorsorge nicht genügend wertschätzen oder beachten, dann frage ich mich schon, ob Sie, Frau Schulze, eigentlich mitbekommen haben, was in den letzten Monaten dieses Jahres bereits geschehen ist. Kanzler Scholz hat erklärt, dass er in diesem Jahr bereits zum vierten Mal in einem Einsatzgebiet ist. Im Übrigen hat die Hochwasserkatastrophe auch vor Baden-Württemberg nicht haltgemacht. Sind dann die Vorwürfe, die Sie an die Bayerische Staatsregierung richten, auch an die Staatsregierung von Baden-Württemberg gerichtet? Das würde mich einmal interessieren, Frau Schulze. Ich halte das für keinen guten Stil. Man kann verschiedene Punkte kritisieren oder Verbesserungsvorschläge machen, aber einer Staatsregierung vorzuwerfen, dass es ihr nicht wichtig genug wäre, die Bevölkerung zu schützen und Vorsorge zu betreiben, das ist schäbig, Frau Kollegin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Gipfel ist, wenn man auch noch anführt, dass man in den Haushaltsberatungen einen Antrag für mehr Hochwasserschutz eingebracht hätte. Sie haben den Hochwasserschutz für die südliche Oberpfalz genannt. Haben Sie sich den Antrag einmal durchgelesen? Wissen Sie, was drinsteht? – Es steht drin, dass die GRÜNEN-Fraktion beantragt, den Hochwasserschutz von 36,5 Millionen Euro auf 36,7 Millionen Euro aufzustocken. Heißt das allen Ernstes, dass Sie mit den 200.000 Euro mehr, die im Änderungsantrag stehen, die Vorsorge als erfüllt angesehen hätten? – Frau Schulze, Sie sollten sich darüber im Klaren sein, dass Leute heutzutage Dinge nachlesen, die Sie behaupten. Wenn Sie so Politik machen, dann schrammen Sie nicht nur an der Glaubwürdigkeit vorbei, sondern Sie führen die Menschen hinters Licht, indem Sie so tun, als würden Sie Besseres und mehr tun als wir. Das ist aber definitiv nicht der Fall. Es ist tatsächlich schäbig gewesen, was Sie gemacht haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben auch gefordert, zusätzlichen Klimaschutz zu betreiben – was unbestritten ist.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Vorsorge!)

Sie haben darauf verwiesen, dass die GRÜNEN das hervorragend machten. Ich frage mich, ob Sie gelesen haben, was Greenpeace Ihrem grünen Wirtschaftsminister ins Stammbuch geschrieben hat – nämlich, dass eine kriselnde Wirtschaft eben nichts mit Klimaschutz zu tun hat. Man lässt sich feiern für das Erreichen einer CO₂-Bilanz, die man nur deswegen erreicht hat, weil man die Wirtschaft abgewürgt hat. Frau Kollegin, das hat mit Klimaschutz überhaupt nichts zu tun.

Deswegen sage ich in aller Deutlichkeit: Der Freistaat Bayern investiert hier massiv. Wir wissen allerdings auch, dass wir mit einer mangelnden Wirtschaftsleistung das Weltklima nicht werden retten können. Wir haben als Hochtechnologieland ganz ande-

re Aufgaben: Wir haben die Aufgabe, der Welt zu zeigen, dass Klimaschutz mit Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsförderung, Investitionen, Technologie und Forschung möglich ist. Deswegen gibt es beispielsweise auch die Hightech Agenda, die massiv in Informatik und KI investiert. Diese trägt auch dazu bei, dass wir am Ende des Tages weitere Innovationen im Freistaat schaffen werden. Genau das ist der Punkt, wie wir die Menschen davon überzeugen können, dass Klimaschutz und Wirtschaftswachstum keinen Gegensatz darstellen, sondern ein Miteinander.

Deswegen sage ich an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an unseren Staatssekretär im Finanzministerium. Lieber Martin Schöffel, Danke, dass du mitgewirkt hast an diesem Haushalt, der davon geprägt ist, dass wir wieder keine Schulden gemacht haben, dass wir eine Investitionsquote von 15 % erreicht haben; der Freistaat wird in den nächsten beiden Jahren über 22 Milliarden Euro investieren. Das ist eine hervorragende Leistung, an der sich viele andere ein Beispiel nehmen können.

Wir investieren auch vor dem Hintergrund, dass innere Sicherheit ebenso wichtig ist wie Katastrophenschutz. Deswegen wird es nicht damit getan sein, einen Haushalt zu verabschieden, damit beispielsweise unsere Polizei mit Personal und Material ausgestattet ist. Wir haben als Freistaat, als Bayerischer Landtag auch die Aufgabe, die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass unsere Polizeibeamten und Polizeikräfte eingreifen können, wenn es notwendig ist. Sie müssen miteinander kommunizieren können und dort hinlangen können, wo es notwendig ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für diese Politik steht diese Staatsregierung, und für diese Politik steht diese Koalition. Deswegen ist es dieser Haushalt auf jeden Fall wert, dass er mit allem gebührenden Respekt positiv begleitet wird.

Frau Schulze, Sie haben vorhin gesagt, dass Sie uns bezüglich der Auszahlungen der Hochwasserhilfen begleiten würden. Das Wort "unterstützen" wäre mir hier lieber gewesen als "begleiten". Bitte setzen Sie sich dann aber anders ein, als Sie sich offen-

sichtlich bisher auf Bundesebene eingesetzt haben. Sie haben ja gesagt, dass Sie sich weiterhin für den Katastrophenschutz einsetzen wollen. Wenn das bedeutet, dass die 91 Millionen Euro, die im Katastrophenschutz gekürzt worden sind, auch auf Ihren Einsatz zurückzuführen sind, dann würde ich Sie bitten, Ihre Art des Einsatzes zu überdenken. Der Schuss ist nämlich absolut nach hinten losgegangen.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Haushalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es liegt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Christian Hierneis für die GRÜNEN vor.

Christian Hierneis (GRÜNE): Herr Kollege Hofmann, Sie haben gesagt, wir hätten nur 200.000 Euro für den Hochwasserschutz beantragt, und Sie haben behauptet, dass die Menschen die Anträge lesen würden. Wir bitten Sie, auch unsere Anträge zu lesen. Wir haben nämlich einen weiteren Antrag gestellt für die wassersensible Landschaftsentwicklung und für die wassersensible Dorf- und Stadtentwicklung. Hinsichtlich des Hochwasserschutzes haben wir für das Jahr 2024 60 Millionen Euro und für das Jahr 2025 120 Millionen Euro gefordert. Ich denke, das ist deutlich mehr als das, was Sie behauptet haben. Wir bitten Sie, auch unsere Anträge zu lesen, bevor Sie uns angreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Michael Hofmann (CSU): Herr Kollege Hierneis, Ihre Fraktionsvorsitzende hat auf den Hochwasserschutz in der südlichen Oberpfalz hingewiesen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Unter anderem! Zuhören!)

Damit hat sie letzten Endes den Eindruck erweckt, dass mit diesen 200.000 Euro mehr Vorsorge hätte möglich sein können, als das bisher der Fall gewesen ist.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Das ist doch Quatsch!)

Herr Kollege Hierneis, natürlich haben Sie Anträge gestellt, aber das, was Ihre Kollegin in diesem Zusammenhang gemacht hat, war schlicht und ergreifend schäbig. Das erlaube ich mir auch anzusprechen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Als nächsten Redner rufe ich den Kollegen Martin Böhm für die AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meiner Rede voranstellen will ich einen ausdrücklichen Dank für die heute überaus gewogenen und eingehenden Worte unserer Landtagspräsidentin – betreffend die schrecklichen Ereignisse um uns herum, egal ob in Mannheim oder beim Hochwasser in Bayern. Wir können uns den diesmal sehr neutralen Ausführungen umfänglich anschließen. Danke dafür.

Nun zur Sache: Das erste Mal steigt die Mitarbeiterzahl der Staatskanzlei nur noch marginal. Vermutlich sind es ökologische Gründe, die der Anzahl der ständig sinnfrei zu spitzenden Bleistifte eine Grenze gesetzt haben. Allerdings hat es unser Ministerpräsident geschafft, von seiner Morgendämmerung vor einigen Jahren bis zum Vormärz des Ausscheidens der CSU aus dem Bundestag seinen Personalbestand um 66 % auszuweiten. Respekt! Ich will hier keine Kritik an den tüchtigen Beamten äußern, aber es ist ein Aufschrei vom Volk und den Volksvertretern ob der von Söder damit befeuerten impliziten Staatsverschuldung. Eine implizite Staatsverschuldung kann man auf dem Papier eben nicht gleich erkennen, sondern sie wird zukünftige Generationen in ihrer Handlungsfähigkeit und unseren bayerischen Freistaat in seiner künftigen Leistungsfähigkeit schwer beeinflussen. Wir haben immer angemahnt maß-

zuhalten, wohl wissend, dass sich Bayern dem wirtschaftlichen Absturz der Ampel-Ab-
risstruppe in Berlin nicht wird entziehen können.

Der links-grüne Industrieblass im Namen des Klimas hat das Abwandern von jährlich
150 Milliarden Euro Direktinvestitionen zur Folge. Allein im vergangenen Jahr haben
180.000 Firmen bundesweit aufgegeben – nicht nur wegen Insolvenz, sondern auch
wegen der sich dramatisch verändernden und verschlechternden Rahmenbedingun-
gen.

Das ist auch des Pudels Kern, wenn wir über die finanzielle Schieflage Bayerns reden,
und wenn 1,1 Milliarden Euro fehlen, darf man das durchaus so formulieren. Daraus
muss sich der unbedingte Wille zum soliden Haushalten ableiten, und den lassen Sie
vermissen.

(Beifall bei der AfD)

Unsere 18 Anträge zum Einzelplan 02 entlasten den Doppelhaushalt um etwa 93 Mil-
lionen Euro, ohne dass bayerische Bürger danach irgendetwas Essenzielles vermis-
sen würden. Was nützt Bayern etwa die Eine-Welt-Arbeit oder das Wertebündnis?
Wer braucht für Millionen Euro jährlich zusätzliche Öffentlichkeitsarbeit – vordergrün-
dig unseres Ministerpräsidenten? Wozu gibt es in zwei Jahren über 55 Millionen Euro
für Filmförderung, die teils ins Ausland wirkt? Zeitgleich erhält alleine der BR etwa
2 Milliarden Euro aus den Zwangsbeiträgen. Warum 24 Millionen Euro für entwick-
lungspolitische Zusammenarbeit, während wir hier unseren Bildungsnotstand an den
Schulen verwalten? Alleine im Jahr 2024 gibt es 5 Millionen Euro Investitionsförderung
ausländischer Staaten zur Umsetzung der Ukrainehilfe, quasi der bayerische i-Punkt
auf 30 Milliarden Euro Rüstungsgüter aus Berlin.

Solch unangenehme Wahrheiten werden den Bürgern gerne verschwiegen. Dafür wer-
den sie jeden Tag mit Kauderwelsch über Vielfalt, Minderheiten und den Kampf gegen
Rechts bombardiert. Der zwangsfinanzierte politisch-mediale Komplex singt das links-
grüne Lied genauso, wie die Presseorgane es tun. Wirtschaftlich besonders gebeutelt

ist die deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft, zu 100 % im SPD-Besitz, mit zig Blättern, bald eine halbe Million Printauflage kontrollierend. Warum im 25er-Haushalt, also genau im Jahr der Bundestagswahl, unter dem Titel "Zuschüsse und sonstige Ausgaben zum Erhalt örtlicher Pressezustellstrukturen" auch SPD-Gazetten mit 3 Millionen vom bayerischen Steuerbürger gepampert werden sollen, weiß wohl nicht einmal der Finanzminister selbst.

(Beifall bei der AfD)

Oder – ein Schelm, wer Böses dabei denkt – sind gesponserte Presseorgane der CSU möglicherweise gewogen? Warum muss ich genau in diesem Moment an Sebastian Kurz denken? "Alles für die CSU" kann auch persiflieren, wer über mögliche Hintergründe nachdenkt, warum die Münchner Sicherheitskonferenz im 24er-Haushalt 555.000 Euro Steuergeld fürs Stiftungsvermögen erhalten soll. Ein Blick in das 23er-Testat der KPMG bescheinigt der Stiftung solide Finanzen mit einer halben Million Euro Jahresüberschuss. Daraus wäre nach § 58 Nummer 7a der Abgabenordnung durchaus ein Drittel als Inflationsausgleich dem Stiftungsvermögen zuführbar. Warum muss da der Steuerzahler einspringen – eventuell, weil Söder auf der MSC das Licht der Scheinwerfer so sehr liebt? Warum keine Zustiftung der Rüstungsindustrie, die sich an den Kriegsspielen der Ampel-Abrisstruppe eine goldene Nase verdient?

Gut verdienen am Bürger auch die CSU-Kollegen, als deren Apanage sich der Staat das Amt der Bürgerbeauftragten ausgedacht hat. Hier wird das Prinzip der Gewaltenteilung ad absurdum geführt; Aiwanger hat es oft genug genau in denselben Worten erwähnt. Diese Haushaltstitel sind überflüssig, aber zukunftsgerichtete Haushaltspolitik vermeidet nicht nur Unnötiges, sondern schiebt wichtige Projekte auch an. Es gibt noch einen Beauftragten, einen weniger nepotistisch vergebenen Posten, dessen Bedeutung täglich wichtiger wird und dessen Ressort besser auszustaffieren wäre: den Antisemitismusbeauftragten.

Gerade da spart die Staatsregierung und konterkariert so ihre eigene Haltung. Nicht erst all die Übergriffe auf jüdisches Leben hier nach dem Terrorangriff der Hamas dort machen ihn so notwendig. Auch Ereignisse wie der Polizistenmord von Mannheim und das Niedermessern von Michael Stürzenberger, einem der lautesten Verteidiger Israels in Deutschland übrigens, verpflichten uns, das Amt des Antisemitismusbeauftragten zu stärken. Stürzenberger war bis zu dem Zeitpunkt Ihr CSU-Pressesprecher in München,

(Widerspruch bei der CSU)

als Sie falsch abgebogen sind, nach links abgebogen sind.

(Beifall bei der AfD)

Die notwendige Remigration derer, die sich nicht an Recht und Gesetz halten, sondern ihre archaischen Konfliktlösungsstrategien in unsere Kultur tragen, ist essenzielle Aufgabe des bayerischen Freistaats. Deswegen wollen wir die Mittel für das Bayerische Afrikabüro in Addis Abeba für beide Haushaltsjahre verdoppeln, natürlich mit einer Neufokussierung der Aufgaben, denn sowohl der Bericht der Büroleiterin im Ausschuss als auch das Ergebnis meiner Anfrage zu den Aktivitäten dort fallen ernüchternd aus: Es passiert nämlich schlicht gar nichts.

Wir stellen das Büro künftig unter das Motto "Migration ist keine Lösung". Zielgruppe sind junge Männer aus Äthiopien und den Nachbarländern. Auch wenn der Migrationsdruck aus dieser Ecke Afrikas noch – noch! – gering ist, können diesem Pilotprojekt wichtige Erkenntnisse entnommen werden; Schwerpunkte dabei: Informationen darüber, dass in Bayern die Chancen für unqualifizierte Migranten gering sind, Aufklärung über die Machenschaften krimineller Schleuserwerke, Beitrag zur verbesserten Bleibeperspektive, indem sich das Büro zukünftig intensiv um Kontaktwünsche der bayerischen Wirtschaft kümmert, Erkundung der Chancen für Remigrationsdomizile in Äthiopien und Nachbarstaaten analog zu den Erfolgen Großbritanniens in Ruanda.

(Beifall bei der AfD)

Wir sind als Oppositionsführer in Haushaltsfragen Auge und Ohr der bayerischen Bürger. Wir ertragen dabei gern auch Zwischenrufe und Schmähungen in diversen Reden, die der Würde unseres Hohen Hauses eben oft nicht angemessen sind. Wir stehen bei den Bayern in der Pflicht, unseren Auftrag, den der Wähler uns erteilt hat, auszuführen, und der heißt: Unser bayerischer Freistaat zuerst.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Haushaltsausschussvorsitzender Josef Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! "Auge und Ohr der bayerischen Bevölkerung" hat der Vorredner gerade gesagt. Ich habe den Eindruck, dass die AfD, aber auch die anderen Oppositionsparteien weit weg von der Realität und von den Menschen sind. CSU und FREIE WÄHLER sind diejenigen, die nicht nur die Mehrheit bei der Wahl erhalten haben, sondern die auch tatsächlich die Interessen der Bevölkerung in der ganzen Breite vertreten. Das ist es auch, was uns im Vergleich zur Bundespolitik so stark macht; das möchte ich vorausschicken.

Deshalb haben wir auch einen Haushalt vorgelegt bzw. tragen den Haushalt der Staatsregierung mit, der diese Breite, diesen Bedarf in unserem Land abdeckt. An der Stelle möchte ich ganz herzlich Danke sagen, natürlich unserem Finanzminister Albert Füracker und seinem ganzen Haus, seinem Staatssekretär Martin Schöffel und allen, die an der Erstellung des Haushaltes mitgewirkt haben; denn das ist vor allem in Zeiten eine harte Arbeit, in denen die Wirtschaftslage schlecht ist, in denen Steuereinbrüche zu verkraften sind. 1,1 Milliarden Euro – das ist eine Zahl, die man nicht so leicht wegsteckt. Da war es richtig, lieber Finanzminister, eine Konjunkturvorsorge einzubauen, die einen Großteil dieser Lücke abdeckt. Das kann man nur, wenn man weitschauend agiert und wenn man auch entsprechend Vorsorge bei den Rücklagen trifft; dann kann man diese Position einnehmen. Lieber Finanzminister, herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Ich danke auch meinem Stellvertreter Bernhard Pohl für die hervorragende Zusammenarbeit im Haushaltsausschuss innerhalb der beiden Koalitionsfraktionen. Ich danke auch allen Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss – das möchte ich an dieser Stelle sagen – für die doch immer sachliche Zusammenarbeit. Wir sind kein Ausschuss von Plaudertaschen, die Ideologien vor sich hertragen. Bei den Anträgen, welche die Kollegen vertreten müssen, bin ich nicht immer überzeugt, vor allem, wenn ich auf die linke Seite des Hauses schaue, dass sie das auch wirklich alle so sehen, wie es ihre Fachkollegen gerne hätten. Es sind viele Dinge dabei, die überflüssig sind oder sogar in die falsche Richtung gehen. Es ist gut, dass wir klare Mehrheitsverhältnisse haben, mit denen man Unfug verhindern kann.

Wir in Bayern garantieren auch, dass der Haushalt ordentlich aufgestellt wird, und zwar geräuschlos – nicht wie bei den sogenannten Koalitionspartnern in Berlin. Ich sage bewusst "sogenannten"; denn von Partnerschaft kann wohl kaum mehr die Rede sein. Bei uns geht es geräuschlos. Bei uns wird es intern geregelt. Wir haben kein Hickhack, und wir haben vor allem ein klares Ziel: solide Finanzen und gleichzeitig eine hohe Investitionsquote für die Zukunft in Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb ist natürlich auch die Aussage von Herrn Kollegen Böhm falsch, wir hätten wegen der Steuerschätzung eine Schieflage: Genau die haben wir nicht, weil wir vorgesorgt haben.

(Widerspruch des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Das unterscheidet uns auch. Wir tricksen nicht. Wir haben Reserven vorgesehen, so wie es richtig ist, und wir versuchen nicht, das Letzte mit Tricks rauszuholen. Man muss auch sagen: In einer Zeit, in der wir in Bayern, zwar mit Rücklagen, aber ohne Neuverschuldung, den Haushalt ausgleichen, werden in Berlin fast 40 Milliarden Euro

neue Schulden gemacht, und dann reden die vom Einhalten der Schuldenbremse. – Das unterscheidet uns diametral.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Schwerpunkte sind natürlich Bildung, Sicherheit, Wirtschaft und der ländliche Raum. Uns eint auch, dass wir diese Schwerpunkte regelmäßig setzen und vieles tun. Dazu gehört auch, dass wir entsprechend Stellen schaffen, wobei ich sagen möchte, dass das, was der Ministerpräsident vorgegeben hat, nämlich Stellen künftig nicht mehr zu schaffen, sondern auch abzubauen, grundsätzlich richtig ist.

Wir können das jetzt noch nicht tun, weil wir gerade im Bereich Bildung und Sicherheit hohe Bedarfe haben. Aber Ziel muss es sein, dass wir das, wie bei den Einnahmen und Ausgaben, auch bei den Stellen erreichen; denn wir haben weder genug junge Leute, um sie zu besetzen, noch können wir dauerhaft eine Personalquote wünschen, die über das hinausgeht, was wir dauerhaft finanzieren können.

Deshalb ist auch hier der richtige Weg beschritten, auch wenn wir aktuell noch viele Stellen schaffen müssen. Aber wir werden uns demnächst damit befassen, wie wir da künftig zu einer Situation kommen, dass wir ohne diese hohen Zuwächse auskommen. Das ist eines, was man auch der Opposition auf der linken Seite ganz klar vorwerfen muss: Stellen sind bei Ihnen unbegrenzt, als könnte man sie sich backen, als könnte man das Geld selber drucken. Das ist genau der falsche Weg. Wir haben eine Personalquote von 40 %, das ist bundesweit die höchste. Das heißt, wir tun am meisten, und zwar dort, wo Personal benötigt wird. Wir bezahlen unser Personal auch am besten. Aber das kostet natürlich Geld, und da müssen wir in Zukunft auch etwas mehr auf die Auswirkungen achten.

Wir tun das im Bereich Bildung sehr stark: Dort schaffen wir die meisten Stellen. A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte wird angegangen. Wir stärken unsere Hochschulen. Auch da sind wir in den Rankings immer vorne mit dabei, nicht nur die TUM, auch die anderen Hochschulen in Bayern. Da investieren wir massiv, genauso wie in den

Ausbau der Wissenschaft im ländlichen Raum, indem wir für die TTZ 44 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Jeder Landkreis soll ja mindestens eines erhalten, was ich für gut und richtig halte. Auch die Kooperation Wissenschaft und Wirtschaft stärkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Wirtschaft setzen wir auch auf Gründer, auf Start-ups, auf internationale top Gründer – das ist uns wichtig –, aber auch und vor allem auf den heimischen Mittelstand und auf das Handwerk, auf unsere Dienstleister, auf unseren Handel. Das sind alles wichtige Dinge, und deshalb haben wir auch den Meisterbonus erhöht. Wir haben den Meister kostenlos gestellt und geben dafür 94 Millionen Euro aus. Wir werden auch in Zukunft dafür sorgen, dass die berufliche Bildung an der Spitze steht.

Wir tun viel für die Sicherheit. Bayern ist da Vorreiter. Da brauchen wir uns auch nicht belehren zu lassen. Ich möchte da das, was Klaus Holetschek vorher gesagt hat, auch noch bestärken: Wir werden auch dafür sorgen, dass Dinge wie in anderen Bundesländern bei uns nicht passieren. Bei uns hat die Polizei das Heft in der Hand, und das ist auch gut so.

Wir tun das auch im Bereich Katastrophenschutz, bei dem ja in Berlin massiv gekürzt wird. Jeder, der ein THW vor Ort hat, weiß, was los ist, und kennt die Belastungen, die dort auf die Ehrenamtlichen zukommen. Wir hingegen haben im Bereich Katastrophenschutz ein hohes Niveau. Wir haben bei den Feuerwehren die Stellplatzförderung verdoppelt und die Geräteförderung um 30 % erhöht, was sich im Haushalt natürlich auch deutlich auswirkt, mit insgesamt 24 Millionen Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem meine Redezeit jetzt schon zu Ende geht – mir würde noch vieles einfallen, das ich jetzt einfach weglasse –, möchte ich nur noch dieses sagen, weil die Kollegin Schulze vorher gesagt hat, der Ministerpräsident würde nur auf Schlagzeilen schauen. Wenn wir mal ganz ehrlich sind: Schlagzeilen sind in der Politik natürlich wichtig. Aber sehen Sie sich doch mal unsere Arbeit an, die echte Kärnerarbeit. Hier wird in Bayern dafür gesorgt, dass die wirklich wichtigen

Dinge abgearbeitet werden. Das tun Sie eben nicht, und deshalb ist der Haushalt so, wie er vorliegt, richtig. Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Dr. Florian Herrmann um das Wort gebeten.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt ist bekanntermaßen das vornehmste Recht des Landtags, und er ist eben nicht nur ein Zahlenwerk, in dem kameralistisch korrekt und nach allen Vorschriften des Haushaltsrechts Einnahmen und Ausgaben gegenübergestellt und ausgeglichen werden, sondern er ist natürlich gewissermaßen ein Logbuch, ein Logbuch der Staatsregierung und ein politisches Logbuch der sie tragenden Regierungskoalition.

Deshalb gleich vorweg: Es ist ein starker Haushalt mit Weitblick, ein Haushalt, mit dem in die Zukunft gearbeitet wird. Ich bin fest davon überzeugt: Es ist auch ein Haushalt, der zu politischen Weichenstellungen führt, über die man in einigen Jahren sagen wird: Das waren die richtigen Entscheidungen, die ihr damals, 2024/2025, getroffen habt; denn es sind die richtigen Schwerpunktsetzungen getroffen worden.

Wir werden das in den nächsten Tagen, in diesen drei Tagen, bei den Einzelhaushalten sicher alles noch im Detail besprechen. Ich danke aber heute schon einmal für die starke grundsätzliche Einordnung dieses Haushalts und der Politik der Bayerischen Staatsregierung sowie der sie tragenden Koalition. Ich danke dem Fraktionsvorsitzenden Klaus Holetschek, ich danke dem Kollegen Hofmann, dem Kollegen Zellmeier und auch dem Kollegen Pohl, gewissermaßen stellvertretend für den Fraktionsvorsitzenden Streibl.

Aus all diesen Reden hat man, glaube ich, schon gespürt, dass das eine Koalition ist, die ganz hervorragend zusammenhält, die einen großen, einen weiten übereinstim-

menden Bereich hat, was die politische Themensetzung betrifft, was die politischen Zielsetzungen betrifft. Ich glaube, die Menschen in Deutschland könnten froh sein, wenn in Berlin so regiert würde wie hier bei uns in München.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich stehen wir heute insbesondere unter dem Eindruck der Hochwasserereignisse, der katastrophalen Hochwasserzustände in zahlreichen Regionen Bayerns. Deshalb ist es auch richtig, das im Rahmen der Haushaltsdebatte zu besprechen und hier noch einmal auch von meiner Seite für die Bayerische Staatsregierung klar die Zusage zu erklären, wie sie heute im Kabinett beschlossen wurde, nämlich, dass die Staatsregierung die vom Hochwasser betroffenen Menschen in Bayern nicht im Stich lässt.

Wir stellen dafür in einem ersten Schritt finanzielle Mittel in Höhe von 100 Millionen Euro zur Verfügung, und wenn es notwendig ist, mehr zur Verfügung zu stellen, dann eben mehr. Aber wir stellen dieses Geld bereit. Noch heute, lieber Herr Finanzminister, werden die Bezirksregierungen die entsprechenden Mittel erhalten, damit die Geschädigten – egal, ob Privathaushalte oder Unternehmen – schnell und unbürokratisch unterstützt werden können.

Außerdem kann auf die bewährten Hilfen zurückgegriffen werden, nämlich auf die Härtefallhilfen, wenn Existenzen bedroht sind. Bei ganz gravierenden Schäden sind für Privathaushalte wie für Unternehmen sogar Erstattungen in Höhe von 100 % möglich. Wir verweisen auf die steuerlichen Erleichterungen, die für alle Privatpersonen und Unternehmen ermöglicht werden, die vom Hochwasser betroffen sind. Wir verweisen auch auf die Hilfen für die Kommunen nach dem Bayerischen Finanzausgleichsgesetz zur Wiederherstellung der kommunalen Infrastruktur, weil die häufig ja auch schwer beeinträchtigt ist.

Diese Maßnahmen plus die Soforthilfen sind ein Paket, das dank der nachhaltigen bayerischen Haushaltspolitik möglich ist. Dadurch können wir auch in Krisensituatio-

nen schnell reagieren. Es entspricht aber auch unserem Selbstverständnis von Politik, dass der Staat die Menschen in existenziellen Situationen, in die sie unverschuldet aufgrund von katastrophalen Naturereignissen kommen, nicht allein und quasi im wörtlichen Sinne im Regen stehen lässt. Das entspricht unserem Verständnis von Politik, und ich bin froh, dass das hier im Hohen Haus, in der Koalition, aber auch insgesamt Zustimmung findet. Ich halte das für Bayern für absolut richtig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich danke bei dieser Gelegenheit denjenigen – man kann das gar nicht genug tun –, die draußen in enormer Weise ihre Arbeit, ihre ehrenamtliche Arbeit und ihre hochprofessionellen notwendigen und lebensrettenden Arbeiten in allen unterschiedlichen Funktionen erledigen. Das reicht von den Behörden über die Stäbe bis zu den Trupps, die die einzelnen Maßnahmen ergreifen, die notwendig sind, die in den schwierigen Lagen bzw. in der dynamischen Lage entscheiden müssen, welche Maßnahme die richtige ist.

Die Menschen sind oft verzweifelt, weil Maßnahmen aufgrund der Kraft und der Dynamik des Wassers nicht mehr greifen. Möglicherweise sind sie sogar dabei oder müssen als Familie, als Angehörige oder als Freunde erleben, dass einer ihrer Kameraden der Feuerwehren bei so einem gefährlichen Einsatz wie diesem ums Leben kommt.

Wir sollten diesen Menschen allen von Herzen danken und im Herzen bei denjenigen sein, die das schlimmste Opfer erbringen, nämlich das eigene Leben. Danke an alle, die das draußen tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Das muss sich auch in unseren Haushaltsüberlegungen wiederfinden, und das findet sich im bayerischen Haushalt wieder. Das Stichwort heißt "Resilienz". Es ist Resilienz vor den Veränderungen, die der Klimawandel mit sich bringt, und vor derartigen Katastrophen. Man kann das auch auf Resilienz vor äußeren Bedrohungen erweitern; denn

in der Phase der Zeitenwende, in der wir stecken, ist Resilienz in einem größeren Sinne zu denken.

In unserem Haushalt ist aber der Aufwuchs – die Unterstützung und die Finanzierung der Feuerwehren sowie des Katastrophenschutzes insgesamt – vorgesehen. Deshalb verwundert es auch, lieber Herr von Brunn, dass auf der Bundesebene von einer Zeitenwende die Rede ist und ein 100-Milliarden-Paket zurechtgeschnürt wird, aber gleichzeitig im Bereich des Bevölkerungsschutzes, der immer mitgedacht werden muss, derartige Kürzungen beim THW oder beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz vorgenommen werden. Das ist eine falsche Entscheidung, und ich würde die Vertreter der Ampel-Regierung, lieber Herr von Brunn und die anderen, die im Bayerischen Landtag sitzen, was die Partei betrifft, einfach bitten, am Ende des Tages ein wenig mehr bayerisch zu denken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU):
Sehr gut!)

Sie waren heute relativ ausgewogen; das hätte ich gar nicht erwartet. Gegen Ende ist es dann doch noch etwas polemisch geworden, weil Sie sich immer am Ministerpräsidenten abarbeiten müssen. Von Ihnen als bayerischem Sozialdemokraten würde ich aber eigentlich erwarten, dass sich Sie darum kümmern, was die Bundesregierung für Bayern tun kann.

Im Moment hat man den Eindruck, die Ampel ist auf dem bayerischen Auge blind. Da sollten Sie als bayerische Sozialdemokraten einmal gegenarbeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Die Ausführungen der Kollegin Schulze waren heute wirklich von unsachlicher Polemik geprägt.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Gerade diese Fake News, was den Hochwasserschutz betrifft – das muss man schon als Fake News bezeichnen –, es sei zu wenig getan worden, wir würden hier zu wenig Prävention betreiben, und wir hätten kein Interesse an Prävention,

(Zurufe von den GRÜNEN)

sind einfach falsch. Mehrere Kollegen haben das bereits ausgeführt.

Es wurden für den Hochwasserschutz Investitionen in Höhe von vier Milliarden Euro seit 2001 getätigt; weitere zwei Milliarden Euro sind es bis 2030. Für den Klimaschutz insgesamt wird jährlich eine Milliarde Euro aus dem bayerischen Staatshaushalt ausgegeben. Das sollte man nicht wegargumentieren oder wegdrücken, weil Ihnen das nicht in das Konzept passt, sondern Sie sollten vielleicht lieber einmal vor der eigenen Türe kehren. Man hört von der einen oder anderen Maßnahme, die draußen vor Ort stattfindet, dass sie von dem einen oder anderen Naturschutzverband durch Klagen verhindert oder verzögert wird. Das gehört auch zur Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen kann man sich einmal den Spaß machen und die Wörter "Soforthilfe" und "Baden-Württemberg" googeln. Sie finden dann einen Eintrag über Corona, aber nichts über Hochwasser. Denn – der Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat das heute verkündet – es soll zwar Soforthilfen in besonderen Situationen geben, aber erst einmal müssen die Schadenshöhen beschlossen werden. Das ist die baden-württembergische grüne Antwort auf eine derartige Situation.

In Bayern heißt "sofort" immer noch sofort, und das bedeutet: noch in dieser Woche, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Also, bitte, keine klugen Ratschläge von der grünen Seite.

Übersehen Sie in diesem Haushalt vor allem eines nicht. Ich denke, es ist einzigartig in den Länderhaushalten in Deutschland, dass wir eine Investitionsquote von 15 % haben. Das ist die entscheidende Antwort auf die Herausforderungen, weil darin die Nachhaltigkeit steckt. Es geht fast nicht nachhaltiger als mit echten Investitionen in die Zukunft, und diese Ausgewogenheit findet sich in diesem Haushalt.

Natürlich haben die Länder hohe Personalkosten. Länderhaushalte sind Personalhaushalte. Natürlich haben wir laufende Kosten und Verwaltungskosten, weil viele Dinge einfach gemacht werden müssen. Wir achten aber immer darauf, dass wir auch in die Bereiche investieren, die die Zukunft bedeuten. Deshalb kann ich nur sagen: Es geht nicht nachhaltiger als mit 15 % Investition. Das sollten Sie in den Fokus nehmen, wenn Sie sich mit diesem Haushalt beschäftigen.

Ich möchte jetzt zu den Ausführungen der Opposition kommen. Frau Ebner-Steiner, das war eine komplette Themaverfehlung, weil wir heute über den Haushalt und nicht über die Themen reden, mit denen Sie und Ihre Fraktion in Ihrer ganz eigenen Welt, einer Welt von vorgestern, geradezu manisch leben. Schon immer auch irgendwie mit Schaum vor dem Mund geht es stets um Ihre Blasenthemen "Migration" und "Corona". Gleichzeitig verwickeln Sie sich aber in totale Widersprüche.

Sie reden immer vom deutschen Vaterland. Gleichzeitig spionieren Mitarbeiter Ihrer Leute für China und alle miteinander lobbyieren für Putin. Sie sind also Putins Knechte, und, um bei Ihrer Rhetorik zu bleiben, wer Putins Knecht ist, ist ein Vaterlandsverräter.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Dann gibt es auch immer dieses Gerede von den Saubermännern. Vorher war die Rede von dem Kollegen, der von Ihnen nicht mehr ganz so gelitten ist und der die Ermittlungsbehörden wie sonst nur ein ausgewachsener Araberclan beschäftigt.

(Heiterkeit bei der CSU)

Das sollen dann die Saubermänner sein, die bei dieser Fraktion hier für das reine Deutschtum in diesem Land sorgen? Das sind die Widersprüche, die Sie verkörpern. Ich hoffe, die Leute merken das mit Blick auf die nächsten Wahlen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will noch ein paar Punkte zu unserem Haushalt sagen, der wieder ein Doppelhaushalt ist. Während der Corona-Zeit hatten wir richtigerweise Einzel-, Jahreshaushalte verabschiedet. Jetzt kann wieder anders geplant werden. Deshalb haben wir das gewohnte Modell der Doppelhaushalte.

Der Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN wurde von den Bürgerinnen und Bürgern bei der Landtagswahl wieder das Vertrauen ausgesprochen. Deshalb geht von diesem Doppelhaushalt auch die deutliche Botschaft aus: Diese Regierungskoalition ist weiterhin handlungsstark, sie ist geschlossen, und sie setzt für die Zukunft des Landes die richtigen Schwerpunkte.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Haushalt ist der Beweis dafür, dass wir dieses Vertrauen der Wählerinnen und Wähler vom letzten Jahr verdient haben. Wir gehen mit dem Geld der Menschen, für das wir nur die Sachwalter sind, mit dem Steuergeld und mit dem Vermögen des Staates behutsam um.

An erster Stelle ist das das Verdienst von Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Unsere Verfassung verpflichtet den Ministerpräsidenten, die Richtlinien der Politik zu bestimmen. Das tut unser Ministerpräsident mit Weitblick, um den Menschen in Bayern auch in Zukunft eine hohe Lebensqualität zu ermöglichen. Er tut es aber auch mit Augenmaß, um die verfügbaren staatlichen Mittel effektiv zum Einsatz zu bringen.

Deshalb ist diese Haushaltsdebatte auch einmal eine Gelegenheit, dem Ministerpräsidenten hier ausdrücklich zu danken, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für Deutschland wäre es schön, wenn der Bundeskanzler ähnlich agieren und in ähnlicher Weise mit seiner Richtlinienkompetenz umgehen würde, sodass man das Gefühl hätte, er führt das Land und die Politik seiner Koalition. In Berlin können sich also alle ein Vorbild an Bayern nehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke aber auch dem Finanzminister, lieber Albert Füracker, für die umsichtige Arbeit. Du bist tatsächlich ein perfekter Sachwalter des Staatsvermögens und der Steuereinnahmen. Wir alle wissen: Es ist nicht immer eine einfache Aufgabe, weil jeder denkt, sein Anliegen könnte doch eigentlich auch noch erfüllt werden. Aber der Finanzminister muss die Dinge umfassend im Blick haben, und das macht er auch mit einer gewissen Beharrlichkeit, die dazu führt, dass wir eine seriöse Haushaltsführung erleben können.

Ich danke auch dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, dem Kollegen Zellmeier, und seinem Stellvertreter, dem Kollegen Pohl, sowie allen Mitgliedern des Haushaltsausschusses für ihre Arbeit.

Der wichtigste Vorzug des neuen Doppelhaushalts 2024/25 ist, meine Damen und Herren, dass er ohne Schulden auskommt. Ja, für uns in Bayern hat der ausgeglichene Haushalt Tradition. Währenddessen kreisen im Bund die finanzpolitischen Debatten hauptsächlich darum, ob die Schuldenbremse gehalten, gelockert oder gar aufgehoben werden soll. Wir müssen daran erinnern, meine Damen und Herren, dass die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert ist, und zwar aus gutem Grund. Gerade im Jubiläumsjahr – 75 Jahre Grundgesetz – würde ich mir von der Bundesregierung hier ein stärkeres Bekenntnis zur Verfassungstreue wünschen. Leider ist diese Mah-

nung nur allzu berechtigt. Wir haben es erlebt: Das Bundesverfassungsgericht musste angerufen werden, um der Bundesregierung eine einzigartige – sozusagen – Klatsche zu erteilen und zu erklären, dass der zweite Nachtragshaushalt 2021 verfassungswidrig aufgestellt wurde.

Die Seriosität, die Nachhaltigkeit und die Leistungsstärke bayerischer Finanzpolitik kann man an einer Zahl sehr schön illustrieren, gewissermaßen am PCR-Test, am Goldstandard der Leistungsfähigkeit, nämlich an der Frage, wer eigentlich in den Finanzausgleich einbezahlt. Man kann ja viel über Bayern herziehen – aber wenn wir nicht leistungsfähig wären, dann würde auch nicht diese enorme Summe von 9,1 Milliarden Euro pro Jahr von uns verlangt werden. Ich finde das immer wieder wichtig: Bayern hat über Jahrzehnte vom Länderausgleichssystem profitiert. In jenen Jahren hat Bayern im Rahmen dieses Systems insgesamt 3,4 Milliarden Euro von den anderen Bundesländern bekommen. Ab ungefähr 1985 wurde Bayern nach harter Arbeit, harten Reformen und harten Anpassungsmaßnahmen Zahlerland. Seitdem, seit 1985, bezahlt Bayern. Die Summe beträgt bisher 117 Milliarden Euro. Also stehen 3,4 Milliarden Euro 117,7 Milliarden Euro gegenüber. Diese Unwucht macht deutlich, dass das nicht gerecht sein kann. Das hat sogar Ministerpräsident Kretschmann angedeutet und kritisiert. Deshalb ist die Klage, die wir führen, richtig. Dieses System muss sich ändern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht ändern muss sich der kommunale Finanzausgleich. Auch hier ein Rekordbetrag: 11,4 Milliarden Euro. Allerdings ist dort das Geld vernünftig eingesetzt, weil die Kommunen verantwortungsbewusst in die Zukunft des Landes investieren und den verfassungsrechtlichen Anspruch auf die entsprechende Finanzierung haben. Dort, in den bayerischen Kommunen, ist Bayerns Geld am besten aufgehoben.

Auf die Investitionsquote von 15 % habe ich bereits verwiesen. Man kann es nicht oft genug deutlich machen: Vieles fällt darunter. Die Hightech Agenda ist extrem wichtig, aber das sind auch viele Fördermaßnahmen im Bereich der mittelständischen Unter-

nehmen. Da unterscheiden wir uns vom Bund, der hauptsächlich Großindustriunternehmen fördert. Das muss man nicht unbedingt kritisieren, aber man muss kritisieren, dass dann die Kleineren hinten runterfallen und dass Maßnahmen – das sage ich wieder mit Blick auf die Ampel-Maßnahmen –, die in Bayern stattfinden könnten, nicht in Bayern stattfinden. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Wir tun da also das Richtige.

Außerdem, meine Damen und Herren, geben wir über 50 Milliarden Euro, nämlich 52 Milliarden Euro, für die Bildung aus. Das ist ein enormer Betrag in diesem Doppelhaushalt, ein Drittel des Gesamtvolumens, der aber richtig angelegt ist, weil die Bildung der nächsten Generationen immer noch die wichtigste Investition in die Zukunft ist. Damit können wir uns wirklich sehen lassen. Das ist ganz hervorragend investiertes Geld.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Gegensatz zur Ampel, die sich ihre eigenen Dinge immer schönreden muss, brauchen wir das nicht zu machen. Es gibt nämlich objektive offizielle Rankings, die den Erfolg unserer Politik bestätigen. Laut dem Ranking des Instituts der deutschen Wirtschaft liegen fünf oberbayerische Landkreise unter den ersten zehn in Deutschland, an der Spitze der Landkreis München. Aber auch Landkreise in den Regierungsbezirken Oberfranken – Coburg –, Niederbayern – Dingolfing-Landau –, Oberpfalz – Tirschenreuth und Neumarkt – liegen unter den Top 20. Das bedeutet, dass auch die Politik für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in allen Regierungsbezirken wirkt, nachhaltig ist und wirksam bleibt in dem Sinne, wie sie früher mal angelegt wurde. Wir unterstützen das mit Behördenverlagerungen und vielen anderen Dingen, ich sage nur "Verwaltungsgericht in Niederbayern", und unternehmen immer wieder neue Schritte, um das weiterhin zu erreichen. Ratingagenturen bestätigen uns weiterhin die höchstmögliche Kreditwürdigkeit, was sozusagen der Goldstandard für die Seriosität eines Haushalts ist.

Wir bewegen uns insgesamt in schwierigen Fahrwassern, die nicht von uns kommen, sondern die über uns kommen. Ich sage nur: Gewitterwolken mit rot-grün-gelber Färbung. Wir können uns auch als Bayern der Wirtschaftskrise insgesamt nicht entziehen. 0,2 % Wachstum sind faktisch Stagnation. Wir sind damit Schlusslicht unter den großen Industrieländern. Das ist der Beweis dafür, dass die Bundesregierung mit ihrer zögerlichen ideologiegetriebenen Wirtschaftspolitik keine echten Antworten auf diese Herausforderungen findet oder gefunden hat.

Meine Damen und Herren, wir wenden all die Prinzipien unseres Haushalts, die wir insgesamt anwenden, auch auf den Haushalt der Staatskanzlei an. Ich will darauf hinweisen, dass wir die Förderung der Europaangelegenheiten und der internationalen Beziehungen – ich danke da dem Kollegen Eric Beißwenger sehr herzlich für seine Arbeit – intensiv betreiben. Es liegt in der Prerogative des Ministerpräsidenten, Bayern nach außen zu vertreten. Früher hieß das mal Staatsministerium des Äußeren. Das maßen wir uns im Bund natürlich nicht mehr an. Wir sind aber nach wie vor selbstbewusst und unterhalten viele Vertretungen in unterschiedlichsten Staaten auf der ganzen Welt, was wichtig ist, um die Kontakte Bayerns voranzubringen. Man merkt immer wieder, wie beliebt Bayern ist und welche hohe Bedeutung Bayern aus der Perspektive der westlichen Welt für ganz Deutschland hat. Deshalb ist es richtig, dass wir in diesem Bereich vertreten sind, unsere Büros pflegen, den außenpolitischen Kurs halten. Wir sind froh, dass wir zum Beispiel unser Büro in der Ukraine schon seit Langem unterhalten.

Ein letzter für die Staatskanzlei wichtiger Punkt ist die Medienpolitik. Ich stelle das deshalb heraus, weil wir da im Kern unserer Demokratie tätig sind. Wir wissen alle: Der Staat muss sich fernhalten von den Medien. Aber der Staat muss sich engagieren für die Medien und für die Medienvielfalt. Unsere, meine Marschrichtung in dem Bereich ist immer, egal welche Krise kommt, ob Corona, eine Energiekrise oder außenpolitische Krisen: Durch die Krise darf die Vielfalt der Medien in unserem Land, in Bayern nicht weniger werden, sondern sie muss erhalten und ausgebaut werden. Die

Medienvielfalt bei uns ist beneidenswert. Natürlich gibt es die großen Player, den großen öffentlich-rechtlichen Bayerischen Rundfunk und ProSiebenSat.1, aber auch die unzähligen kleinen Rundfunkanbieter, die zu dieser großen Medienvielfalt beitragen und dazu, dass die Menschen sich objektiv am Qualitätsjournalismus orientieren und sich durch Qualitätsjournalistinnen und -journalisten kuratiert informieren können und nicht abhängig sind von Desinformation aus dem Internet, weshalb wir den Titel an der Stelle auch erweitert haben.

Wir haben in der Staatskanzlei erfreulicherweise wieder die Zuständigkeit für Filmförderung. Auch hier geht mein Appell nach Berlin. Die Bundeskulturstaatsministerin hat seit Jahren angekündigt, eine grundlegende Reform der Filmförderung durchzuführen, die wir in der Sache auch für berechtigt halten. Alle anderen Staaten um uns herum haben das längst gemacht. Aber sie muss endlich liefern und einen mit dem Bundesfinanzministerium und den Ländern abgestimmten Vorschlag liefern, der am Ende konsensfähig ist. Sonst droht dem Filmstandort Deutschland und am Ende auch dem Filmstandort Bayern der Abstieg. Das wollen wir nicht. Wir wollen ein starker und selbstbewusster Filmstandort bleiben. Die Förderung in anderen Ländern ist mittlerweile wesentlich moderner. Da ist die Bundeskulturstaatsministerin gefragt. Ich fordere an der Stelle auf, da endlich zu liefern.

Meine Damen und Herren, wir stehen natürlich auch zur Münchner Sicherheitskonferenz. Die Zustiftung ist völlig berechtigt, auch wenn sie von Teilen des Hauses kritisiert wird. Die Sicherheitskonferenz ist eine international bedeutende Einrichtung, eine Konferenz, die in München stattfindet, und wir wollen auch, dass sie in München stattfindet. Sie ist eine Konferenz, bei der mehr bilaterale Gespräche stattfinden als bei der UNO-Generalversammlung. Gerade in diesen Zeiten ist es äußerst wichtig, dass der internationale Austausch stattfindet. Wenn dies in München geschieht, sind wir sehr dafür. Deshalb ist auch die Staatsregierung dafür, und deshalb ist die Aufstockung der Zustiftung um eine halbe Million Euro absolut gerechtfertigt.

Meine Damen und Herren, wir haben für die nächsten beiden Jahre einen sehr guten Haushalt mit Weitblick und der Kraft, die Zukunft zu gestalten. Deshalb freue ich mich darauf, dass wir die einzelnen Haushalte in den nächsten Tagen im Detail besprechen. Ich befürchte aber, dass es am Ende wieder so ausgehen wird, dass die beiden Regierungsfractionen dem Haushalt umfassend zustimmen werden, während ihn alle anderen ablehnen werden, sich aber draußen trotzdem für alles das feiern lassen werden, wofür sie sich eingesetzt haben. Da bitte ich immer um Wahrhaftigkeit. Es zählt nur, wenn man hier zustimmt, wenn man am Ende nach harten Debatten die Hand dafür hebt und dafür aufsteht und sagt: Ja, wir wollen diesen Doppelhaushalt. Ich finde ihn gut, deshalb kann ich nur Zustimmung empfehlen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Martin Wagle (CSU): Richtig!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Staatsminister, mir liegt noch eine Zwischenbemerkung des Fraktionsvorsitzenden Florian von Brunn vor.

Florian von Brunn (SPD): Herr Staatsminister, danke für Ihre Rede. Ich will jetzt aber das korrigieren, was Sie gesagt haben. Der Bundeskanzler war gestern in Bayern und hat Hilfen für die Flutopfer zugesagt. Sie sagen, vom Bund würde nichts kommen. Der Bund hat aber auch in vielen anderen Fällen geholfen. Beim Gute-Kita-Gesetz ist fast eine Milliarde Euro nach Bayern geflossen. Bei der Förderung des Ganztags waren es Hunderte Millionen; es hätten sogar noch mehr sein können. Die Aussage, die Bundesregierung und die SPD würden für Bayern nicht viel tun, können Sie, glaube ich, nicht aufrechterhalten.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Doch!

Florian von Brunn (SPD): Sie haben wieder mit der Schuldenbremse angefangen. Wir müssen uns einmal Folgendes überlegen: In Simbach wurden 50 Millionen Euro für den Hochwasserschutz ausgegeben; die Schäden im Jahr 2016 haben dort 1 Milliarde Euro betragen. Da ist es doch sinnvoll, diese 50 Millionen Euro über Kredite zu

finanzieren. Lassen Sie uns über eine vernünftige Reform der Schuldenbremse genau für solche Investitionen reden. Sie werden jetzt wieder sagen, Sie würden das Geld anderswo einsparen. Die Union will Steuern im Umfang von 30 Milliarden Euro pro Jahr abschaffen. Das heißt, Sie reißen riesige Finanzlücken auf.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Florian von Brunn (SPD): Reden wir deshalb solide und nicht so, wie Sie es gerade eben gemacht haben.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Ich finde es ganz hervorragend, lieber Kollege Herr von Brunn, dass Sie mit dem "solide Reden" und weniger mit Polemik anfangen. Im Vergleich zum letzten Mal ging es heute schon etwas in diese Richtung. Das muss ich zugestehen. Ich habe aber nicht behauptet, Scholz wäre nicht da gewesen. Natürlich war Scholz gestern da. Die Zusagen habe ich jetzt nicht so genau gehört. Ich nehme aber zur Kenntnis, dass er offenbar zugesagt hat, Zuschüsse des Bundes zu gewähren. Ich hätte nichts dagegen, wenn das die Hälfte der Mittel wäre, wie es 2021 auch der Fall war. Ich nehme Sie gerne beim Wort.

Ich habe aber gar nicht darüber geredet, sondern darüber, dass die Mittel beim Technischen Hilfswerk gekürzt werden. In den Landkreisen, in denen es ein Technisches Hilfswerk gibt, sagt jeder, dass das nicht nachvollziehbar ist. Das gilt nicht erst seit heute, sondern schon seit dem letzten Haushalt des Bundes und jetzt wieder. Gerade beim Technischen Hilfswerk, das für die Resilienz zuständig ist, und auch beim Bundesamt für Katastrophenschutz, das auch für den Bevölkerungsschutz zuständig ist, wird gekürzt. Ich bin gerne bereit, dass wir zwischen Bund und Ländern darüber reden, was wir brauchen, um unsere Bevölkerung wirklich schützen zu können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Freistaat Bayern liefert jedenfalls, der Bund aber nicht. Darüber können wir gerne reden.

(Florian von Brunn (SPD): Das kann man nicht so sagen, das stimmt doch gar nicht!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 02, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1410 mit 19/1440 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 19/2053 zugrunde.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 02. Der Einzelplan 02 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/2053 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 02 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Zustimmung bei den Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Fraktion der GRÜNEN, SPD-Fraktion und AfD-Fraktion.

(Michael Hofmann (CSU): Blockparteien!)

Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Einzelplan 02 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 3)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Unruhe)

Das ist bei jedem Punkt so. Ich habe es gerade vorgelesen, kann es aber gerne noch einmal wiederholen.

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Das beschließen wir bei jedem Punkt. Ich bitte um Handzeichen, wenn Sie dem zustimmen möchten. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen liegen mir nicht vor, auch keine Enthaltungen. So beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/2053 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1418 bis 19/1422 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 02 ist damit abgeschlossen.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 3

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 02

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Stellenplan Staatskanzlei
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)
Drs. 19/1410
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Repräsentative Verpflichtungen der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 535 01)
Drs. 19/1411
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
(Kap. 02 03 Tit. 536 03)
Drs. 19/1412
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)
Drs. 19/1413
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Internationale Verständigung und eine europäische Identität –
Interrail-Tickets für junge Menschen
(Kap. 02 03 TG 53 neuer Tit.)
Drs. 19/1414

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Kürzung der Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 19/1415
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Information statt politischer Werbung in der Staatskanzlei
(Kap. 02 03 Tit. 531 22)
Drs. 19/1416
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Ausufernde Repräsentationsausgaben begrenzen
(Kap. 02 03 Tit. 535 01)
Drs. 19/1417
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit der Staatsregierung
(Kap. 02 03 Tit. 531 21)
Drs. 19/1423
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Öffentlichkeitsarbeit – Gemeinsame Servicestelle
(Kap. 02 03 Tit. 531 60)
Drs. 19/1424
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung I –
Kosten des Beauftragten für Bürokratieabbau
(Kap. 02 03 Tit. 536 03)
Drs. 19/1425
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung II –
Kosten des Beauftragten für Bürgeranliegen
(Kap. 02 03 Tit. 536 04)
Drs. 19/1426

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung III –
Kosten des Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus,
für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe
(Kap. 02 03 Tit. 536 05)
Drs. 19/1427
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Ausgaben des Büros des Freistaates Bayern in Kiew
(Kap. 02 03 Tit. 541 53)
Drs. 19/1428
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Ausgaben des Bayerischen Afrikabüros in Addis Abeba
(Kap. 02 03 Tit. 542 53)
Drs. 19/1429
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Förderung der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit,
insbesondere der Eine-Welt-Arbeit
(Kap. 02 03 Tit. 682 53)
Drs. 19/1430
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwendungen und sonstige Ausgaben für Maßnahmen im Rahmen der
entwicklungspolitischen Zusammenarbeit des Freistaates Bayern
mit ausländischen Staaten und Regionen
(Kap. 02 03 Tit. 685 53)
Drs. 19/1431
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz
(Kap. 02 03 Tit. 698 01)
Drs. 19/1432
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Stiftung „Wertebündnis Bayern“
(Kap. 02 03 Tit. 698 54)
Drs. 19/1433

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Investitionsmaßnahmen für ausländische Staaten und Regionen
(Kap. 02 03 Tit. 896 53)
Drs. 19/1434
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Filmförderung I – Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Drehbüchern, der Filmproduktion und des Verleihs/Vertriebs von Kinofilmen
(Kap. 02 04 Tit. 861 01)
Drs. 19/1435
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Filmförderung II – Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von Fernsehproduktionen
(Kap. 02 04 Tit. 861 02)
Drs. 19/1436
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Filmförderung III – Darlehen und Zuschüsse zur Förderung von internationalen und digitalen Filmproduktionen
(Kap. 02 04 Tit. 861 03)
Drs. 19/1437
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Förderung hochwertiger lokaler und regionaler Fernsehangebote in Bayern
(Kap. 02 05 Tit. 683 01)
Drs. 19/1438
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte und Initiativen zur Förderung von Vorgründern, Start-ups und Gründern im Medienbereich
(Kap. 02 05 Tit. 686 09)
Drs. 19/1439
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Projekte zum Erhalt örtlicher Pressezustellstrukturen
(Kap. 02 05 Tit. 686 11)
Drs. 19/1440